

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

D 21395E

10

Frankfurt, Oktober 1972

Einzelpreis 1,50 DM

XII. Jahrgang

Der Bundesvorstand des DGB hat mit seinen acht „Prüfsteinen“ zu den Bundestagswahlen ein deutliches Zeichen gegen die Reaktion und ihre Hauptpartei — die CDU/CSU — gesetzt. Barzel und Strauß versuchen die Gewerkschaften als „Staat im Staat“ oder „Jubelkompanien“ für eine bestimmte Partei zu beschimpfen. Das können die Gewerkschafter mit Gelassenheit beobachten. Denn ein Angriff von rechts, der Hauptpartei des Großkapitals, gereicht den Gewerkschaften nur zur Ehre. Die Feststellung des DGB, daß die Gesellschaft, in der wir leben, reformbedürftig ist, verdient volle Zustimmung. Die Gewerkschaften handeln im Sinne des Grundgesetzes, wenn sie Forderungen stellen, um den sozialen Rechtsstaat Schritt für Schritt zu verwirklichen.

Das Argument, daß die Gewerkschaften mit ihrer eigenen Wahlplattform einseitig seien, ist völlig irreführend, denn selbstverständlich sind die Gewerkschaften Organisationen der Arbeiter und Angestellten und müssen ihre Forderungen klar und entschieden vertreten. Das bringt sie notwendigerweise in Gegensatz zu den Kapitalinteressen der Großunternehmer, der Banken und Konzerne. Gegen jene „einseitig“ auf der Seite der Arbeiterklasse zu stehen, ergibt sich aus der Natur der Sache. Wie die Arbeiter und Angestellten selbst zu den Forderungen des DGB stehen, haben ihre Delegierten gerade in den letzten Wochen auf läut Gewerkschaftstagen deutlich gemacht: Überall wurden die „Prüfsteine“ nachdrücklich begrüßt und unterstützt.

Für die Wahlplattform des DGB

Mit Recht hatten die Gewerkschaften bereits im Oktober 1969 zum Antritt der Brandt/Scheel-Regierung Forderungen gestellt. Dazu gehörte auch das Verlangen, daß die ungerechte Herrschaftsstruktur in Wirtschaft und Gesellschaft geändert werden müsse. Dieses Anliegen bleibt bestehen, indem jetzt in den „Prüfsteinen“ eindeutig gefordert wird, die Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen und in Gemeineigentum zu überführen. Hier sei angemerkt, daß eine solche Forderung an die Grundlagen des kapitalistischen Systems rührt und ihre Verwirklichung nicht allein dem Parlament und der Regierung überlassen werden kann. Dazu gehört höchste Aktivität der Arbeiter und Angestellten, der Gewerkschaften selbst und eine breite Volksbewegung, denn die Großverdiener werden alles tun, um ihre Privilegien zu behalten.

Wenn in diesem Wahlkampf die Gewerkschaften ihre Mitglieder auffordern, in Parteiveranstaltungen den Kandidaten die „Prüfsteine“ vorzulegen, so trägt das zur Klärung der Position der Parteien bei, hebt das politische Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten im Kampf gegen das Großkapital und stärkt die Gewerkschaften. Im übrigen kommt es darauf an, gegen das Großkapital zu stimmen und eine Rückkehr der CDU/CSU an die Regierungsmacht zu verhindern.

- jol -

Aus dem Inhalt:

Kommunisten und die Wahl Interview mit Ludwig Müller: Warum kandidiert die DKP?	2
IGM diskutiert Forderungen Vorbereitung der Tarifbewegung in vollem Gange	4
ÖTV: Meinungsbildung nötig Gewerkschaftsmitglieder diskutieren Lohnforderungen	5
IG Chemie steckt den Weg ab Bericht vom 9. Gewerkschaftstag in Dortmund	6
Kongreß der IG Bergbau Rüstung nicht länger tabu Bericht vom 9. GdED-Gewerkschaftstag	8 9
Kritische Töne bei IG Bau Bericht vom 9. Gewerkschaftstag in Mainz	10

12 Seiten Beilage:

DGB-Forderungen zur Bundestagswahl Vorschläge der DKP für demokratische Mitbestimmung Beschlüsse zur Gewerkschaftspolitik	
--	--

Starker Aufschwung bei HBV Bericht vom 8. Gewerkschaftstag in Dortmund	11
Bei Enka: Steg der Solidarität Chronik einer beispielhaften Kampfaktion	12
Neue Maßstäbe gesetzt Lehren und Erfahrungen der Aktionen bei Akzo-Enka	13
Blechen oder fliegen? Argumente zu einer falschen Alternative	14
Vor IGM-Vertrauensleutewahl Viel Rüstung — wenig Reform Zum Entwurf des Bundeshaushalts 1973	15 16
CDU-Rentendemagogie zur Wahl	17
Höhere Renten in der DDR	18
Berichte aus England TUC 1972	19
Docker kämpfen weiter Bücher: VerlagsInternas	19 20

Kommunisten und die Wahl

Eine oft gestellte Frage: Warum kandidiert die DKP? Interview mit Ludwig Müller, Mitglied des DKP-Präsidiiums

Am 19. November 1972 gehen in der Bundesrepublik über 40 Millionen Menschen, darunter fast 7 Millionen Gewerkschafter, an die Wahlen, um die Abgeordneten für den neuen Bundestag zu wählen. Zur Bundestagswahl stellt sich zum ersten Mal auch die Deutsche Kommunistische Partei, deren Kandidaten überwiegend auch aktive Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre sind. NACHRICHTEN baten Ludwig Müller, Mitglied des Präsidiums der DKP und Kandidat in Nordrhein-Westfalen, um die Beantwortung einiger Fragen zur Wahlbeteiligung der DKP.

NACHRICHTEN: Kollege Müller, warum hat sich die Deutsche Kommunistische Partei entschlossen, Kandidaten für den Bundestag zu nominieren?

Ludwig Müller: Wir gehen davon aus, daß es für eine Partei völlig natürlich und normal ist, wenn sie sich in Wahlen zu parlamentarischen Körperschaften dem Votum der Wähler stellt. Für eine Partei der Arbeiterklasse, wie die DKP, geht es zudem noch darum, Sorge zu tragen, daß die berechtigten Interessen der abhängig Beschäftigten, der Volksmehrheit also, in allen Bereichen der Politik berücksichtigt werden und zum Zuge kommen.

Wir sind der Meinung — und die Arbeiter, Angestellten und Beamten können das an ihren eigenen Erfahrungen überprüfen — daß die CDU/CSU als Partei des Großkapitals ihre Politik völlig an den Interessen der Konzerne und der Superreichen ausrichtet. Ihre Kandidaten sind auf den Kurs der Wirtschaftspolitik der Konzerne ausgerichtet bzw. sind Vertreter der Monopole und Banken. Im Grundsatz gilt das auch für die FDP. Der Führung der SPD kann man leider nicht bescheinigen, daß sie eine konsequente Arbeiterpolitik betreibt und Einfluß und Macht der Konzerne und Großunternehmer auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bekämpft.

Das aber ist der Hauptinhalt der Politik und Praxis der DKP. Eine DKP-Fraktion im Bundestag würde eine solche im außerparlamentarischen Raum, in den Betrieben und der Öffentlichkeit aktiv vertretene Politik ständig in den Bundestag hineintragen, dort entwickeln und vertreten.

Und noch etwas muß angesichts der Vorgänge im gerade aufgelösten Parlament gesagt werden: Die Deutsche Kommunistische Partei kandidiert zu den Bundestagswahlen, weil im Bundestag die Stimme der Arbeiterklasse, von unbestechlichen Gegnern des Großkapitals, vertreten sein muß. Kommunisten nehmen keine Rücksicht auf die egoistischen Interessen der Wirtschaftsverbände, Rüstungskonzerne und Monopole. In unsere Kassen fließen keine Unternehmermillionen; Kommunisten haben keine Beraterverträge mit Millionären und sind weder

im Betrieb noch im Parlament bestechlich.

NACHRICHTEN: Man hört bei Gewerkschaftern und Mitgliedern der SPD die besorgte Frage, ob nicht die Kandidatur von Kommunisten die Chance der gegenwärtigen Koalition vermindert, wieder die Mehrheit gegen die CDU/CSU zu erreichen. Wie denken Sie darüber?

Ludwig Müller: Ich kenne dieses Argument. Deshalb möchte ich nachdrücklich betonen, daß wir den Wahlkampf mit der Absicht führen, dazu beizutragen, eine Rückkehr der CDU/CSU in die Regierungsverantwortung zu verhindern.

Wenn wir gefragt werden, ob nicht das eigenständige Kandidieren der DKP den gemeinsamen Interessen von Sozialdemokraten und Kommunisten, der Gewerkschafter und aller Demokraten schaden könnte, dann sind es doch gerade die Erfahrungen der letzten Monate, die das Gegenteil beweisen. Der gemeinsame Kampf für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, gegen Barzels Mißtrauensvotum und die sozialen Kämpfe in den Betrieben für mehr Lohn und Sicherung der Arbeitsplätze und schließlich die Auseinandersetzungen an den Schulen und Universitäten haben doch bestätigt, daß durch das gleichgerichtete Auftreten von Kommunisten und Sozialdemokraten mehr Menschen für die Durchsetzung ihrer berechtigten Interessen mobilisiert werden können, als das sonst der Fall wäre. Das gilt auch für die Parlamente.

Spitzengespräch zwischen DGB und FDGB

Das bereits Ende Mai vereinbarte Gespräch zwischen dem DGB und dem FDGB findet am 18. und 19. Oktober in der DDR-Hauptstadt Berlin statt. Neben dem DGB-Vorsitzenden Vetter, der die Delegation leitet, werden drei weitere Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes in die DDR reisen.

Wie ich schon sagte: Wir Kommunisten richten unsere Wahlaktivität eindeutig gegen jene, deren Rückkehr an die Regierungsmacht wir zu verhindern mithelfen wollen: Die CDU/CSU und ihr NPD-Anhängsel. Wir können der SPD-Führung nur empfehlen, konsequent und ohne „volksparteiliches“ Taktieren in dieselbe Richtung zu stoßen.

NACHRICHTEN: Da ist noch das Argument von den „verlorenen Stimmen“.

Ludwig Müller: Das ist — ich muß das einmal mit großer Deutlichkeit sagen — ein sehr oberflächliches Argument. Verlorene Stimmen sind in erster Linie die Millionen Stimmen, die sich die CDU/CSU in der Vergangenheit auch aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten jeweils vor Wahlen mit Versprechungen und grenzenloser sozialer Demagogie vom Wähler erschlichen hat, um dann hinterher Politik im Interesse der Monopole und Grundstücksspekulanten zum machen. Ich verstehe die Sorge von Gewerkschaften und Sozialdemokraten, daß Barzel und Strauß in die Regierungsverantwortung zurückkehren könnten. Das ist auch die Sorge der DKP. Aber dazu muß noch etwas klar gemacht werden: Für ihren Wahlsieg muß die SPD mit einer entsprechenden Politik selber sorgen.

NACHRICHTEN: Mit welcher inhaltlichen Konzeption stellt sich die DKP den Wählern?

Ludwig Müller: Das läßt sich in dieser Kürze nur allgemein sagen. Unser Wahlkampf wird unter dem generellen Motto geführt: „Alles für das Volk — kontra Großkapital! Für sozialen Fortschritt, Demokratie und Frieden! Wählt die DKP! Kommunisten in den Bundestag!“

Unsere Zielstellung ist klar: Wir wollen in diesem Wahlkampf die Arbeiter- und Volksinteressen zur Geltung bringen und treten nachdrücklich dafür ein, daß der Weg zur Entspannung und Sicherung des Friedens in Europa nicht wieder blockiert, sondern weiter geebnet wird. Es geht uns um die Schaffung von günstigeren Voraussetzungen für Frieden, soziale Sicherheit, demokratische Mitbestimmung und um die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat zur Bundestagswahl acht „Prüfsteine“ für die Parteien und ihre Kandidaten veröffentlicht. Die DKP unterstützt die darin enthaltenen Forderungen nicht nur, sondern kämpft mit all ihren Kräften und gemeinsam mit den Gewerkschaftern für ihre Verwirklichung. Ich möchte mir den Hinweis nicht versagen, daß die DKP unter allen Parteien jene ist, die in diesen Fragen die größte Übereinstimmung mit den Gewerkschaften aufweist.

Jetzt Vertrag!

Nach den Verträgen von Moskau und Warschau, dem Viermächte-Abkommen über Westberlin und dem Verkehrsvertrag zwischen der BRD und der DDR ist jetzt ein Vertrag notwendig, der die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten grundsätzlich regelt. Die Verhandlungen der Staatssekretäre Kohl und Bahr über einen solchen Vertrag sind intensiv und zeigen das Bestreben, zu einer konstruktiven Lösung zu kommen.

Die Bundesregierung, die trotz Auflösung des Bundestages voll im Amt ist, wäre gut beraten, das Geschrei von Strauß und Barzel, diese Regierung dürfe keine wichtigen außenpolitischen Schritte mehr tun und keine Verträge mehr abschließen, zu ignorieren und zügig gemeinsam mit der DDR eine Normalisierung zwischen beiden Staaten vertraglich auf gleichberechtigter Ebene völkerrechtlich abzusichern.

Je mehr Realitäten für die Entspannung und die Sicherung des Friedens geschaffen werden, um so schwerer wird es für die Ultra-Rechten in unserem Land, die BRD wieder in den kalten Krieg zurückzuzerren. Das Eisen muß geschmiedet werden, solange es heiß ist. Gerade jetzt mitten im Wahlkampf würde der positive Abschluß der Verhandlungen über einen Grundvertrag zwischen der BRD und der DDR sehr viel dazu beitragen, die Fronten zu klären.

Es ist ganz gewiß für einen erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen Bahr—Kohl nicht förderlich, wenn Brandt immer wieder mit Strauß und Barzel eine nicht bestehende Einheit der deutschen Nation beschwört. Eine solche fast mystische Frage braucht nicht Gegenstand eines Vertrages zu sein. Worauf es ankommt, ist die gegenseitige völlige Anerkennung der Souveränität der DDR und der BRD und die Herstellung von Beziehungen zwischen ihnen nach den Normen des Völkerrechts. Lw.

Gewöhnliches

Wirtschafts- und Finanzminister Helmut Schmidt hatte zum 5. Oktober zur „konzertierten Aktion“ geladen. Die Spitzenvertreter der Industrie, Banken und der Gewerkschaften diskutierten über die wirtschaftliche Lage. Es müsse etwas „Ungewöhnliches“ geschehen, um wieder zur Stabilität zu kommen“, forderte Bundesbankpräsident Klassen. Minister Schmidt war auch dieser Meinung. DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter wandte sich gegen eine Drosselung der öffentlichen Ausgaben und forderte eine

Verschärfung der Wettbewerbsbestimmungen. Sohl, Vorsitzender des BDI, wertete gegen die „Personalpolitik“; das heißt, gegen Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Bundesbankpräsident Klassen kündigte eine Verteuerung des Geldes an und sagte am deutlichsten, was Industrie und Banken wollen, nämlich „geringere Zuwachsraten bei den Tariflöhnen“. Helmut Schmidt steuerte zur „Stabilitätspolitik“ den wahrhaft genialen Beitrag bei, daß der Bau von Luxuswohnungen gebremst werden müsse, um auf dem Baumarkt den Preisauftrieb zu dämpfen.

Nur über eines wurde nicht gesprochen: daß die Verantwortlichen für die Preisentwicklung die Konzernher-

Maßloser Reaktionär

Es gibt Leute in der politischen Landschaft, die von sich meinen, in der Mitte zu stehen. Sie wehren sich gegen „links und rechts“, allerdings zumeist nur in Worten. In der Tat verfolgen und verketzern sie nur die Linken, um gleichzeitig die Rechten ungeschoren zu lassen, ja zu verhätscheln. Siehe das Berufsverbot der Länder-Ministerpräsidenten für den öffentlichen Dienst.

Und dann gibt es Leute, die auch sagen, sie stünden politisch in der Mitte, sie seien Demokraten — und man kann darüber nur laut lachen. Weil es urkomisch ist. Weil es mit Vilsholener Akzent gesagt wird.

Der Franz Josef unter diesen Leuten hat aber mal wieder den Vogel an krachledernem Demokratiebekenntnis abgeschossen. Den Gewerkschaften, die er früher bereits als „Feinde der Demokratie“ eingestuft hatte, hat er die Leviten gelesen. Vor der Katholischen Akademie München (wer hat ihn da „reingelassen?“) wandte er sich entschieden gegen ihre „einseitige weltanschauliche Ausrichtung, die zunehmende Intoleranz, die Maßlosigkeit des Machtanspruchs, die Anmaßung, für alle Arbeitnehmer in allen politischen Fragen zu sprechen, und die Arglosigkeit in der Zusammenarbeit mit den Feinden der parlamentarischen Demokratie“.

Obgleich diese Strauß-Attacke, wie gesagt, gegen die Gewerkschaften, die wirklichen demokratischen Kräfte in diesem Lande, gerichtet ist, klingt sie wie das selbstkritische Bekenntnis des Ultra-Rechten Franz Josef Strauß. Mit einer Ausnahme: Von „Arglosigkeit“ kann bei ihm nicht die Rede sein. Er, selbst ein Rechtsextremer, arbeitet bewußt mit den anderen Feinden der parlamentarischen Demokratie, der SPD, zusammen. okulus

ren sind, die an allen Fronten im Interesse der Realisierung von Höchstgewinnen die Preise in die Höhe treiben. Weil die Beseitigung dieser Willkür in der „konzertierten Aktion“ nicht zur Debatte steht, geschieht auch nichts „Ungewöhnliches“, sondern das schon oft Gehörte: Die Arbeiter und Angestellten sollen auf angemessene Lohn- und Gehaltserhöhungen verzichten.

Die Gewerkschaften sollten endlich die einzig richtige Schlußfolgerung ziehen und dieses „Konzert“ verlassen.

J. L.

Vietnamgäste

Die Erörterung der tatsächlichen Situation in Vietnam und der Bedeutung von Solidarität und Hilfe für die unter den Bombardierungen der US-Luftwaffe leidende Zivilbevölkerung stand im Mittelpunkt eines mehrstündigen Gesprächs, zu dem am 29. September der Vorstand des DGB-Kreises München erstmals eine Delegation aus der Demokratischen Republik Vietnam offiziell im Gewerkschaftshaus empfing.

Die Delegation, der das Mitglied des Vorstandes des Roten Kreuzes und des Komitees zum Schutze des Friedens der DRV, Le Khac, die Gewerkschafterin De Thi Nga vom Frauenausschuß der DRV-Hauptstadt Hanoi und der Dozent am Germanistischen Institut in Hanoi, Nguyen Ngoc Luong, angehörten, hatte vorher in Frankfurt und Nürnberg Gespräche mit der Gewerkschaftsjugend geführt.

Von seiten des DGB beteiligten sich am Meinungsaustausch der Münchner DGB-Sekretär Ludwig Koch, der Landesbezirksleiter der Gewerkschaft NGG, Heinz Ulbricht, der Leiter der Abteilung Wirtschaft beim DGB-Landesbezirk Bayern, Gerd Elvers, DGB-Kreisjugendausschuß - Vorsitzender Franz Schmalzbauer sowie zahlreiche Sekretäre verschiedener Einzelgewerkschaften.

Die Gäste aus der DRV berichteten über den zerstörerischen Krieg der US-Aggressoren zu einer Zeit, da die Nixon-Propaganda in den westlichen Ländern und in den USA selbst Illusionen über ein baldiges Ende des Krieges weckt. Die Delegation bedankte sich für die humanitären Hilfsmaßnahmen und die moralische Unterstützung durch Organisationen in der BRD.

DGB-Kreisvorsitzender Ludwig Koch, der auf die Demonstrationen der DGB-Gewerkschaften gegen die US-Aggression, insbesondere am Antikriegstag und am 1. Mal hinwies, unterstützte die Forderung nach Unabhängigkeit Vietnams mit den Worten: „Das vietnamesische Volk soll sein Geschick selbst bestimmen können.“

Die norwegische Bevölkerung hat in einer Volksabstimmung mit 54 Prozent der Stimmen den Beitritt ihres Landes zur EWG abgelehnt. Die Gegner des EWG-Beitritts sind, neben den Bauern und Fischern, ein erheblicher Teil der Gewerkschafter. Der Traum von der Erweiterung der EWG auf zehn Länder Westeuropas ist mit dem klaren Veto des norwegischen Volkes beendet.

Zwar haben die Dänen sich inzwischen für die EWG entschieden, aber unter dem Eindruck der Entscheidung der Norweger hat der Jahreskongreß der britischen Gewerkschaften in Brighton mit überraschend großer Mehrheit von 4,9 Millionen gegen 3,5 Millionen Stimmen seine prinzipielle Ablehnung eines EWG-Anschlusses Großbritanniens erklärt.

Die bundesdeutsche Presse hat auf die Entscheidung der Norweger mit zum Teil wütenden Kommentaren reagiert. Ohne auch nur ein Wort über die Gründe, die zur Ablehnung geführt haben, zu „verschweigen“, wurden die EWG-Gegner durch die Bank verunglimpft und als politische Ignoranten und Demagogen hingestellt. Mit Bedauern muß man zur Kenntnis nehmen, daß auch die Stimme des DGB-Organs „Welt der Arbeit“ in diesem Chor nicht fehlte.

In einem Artikel der WdA zur Volksabstimmung wird den EWG-Gegnern „primitivste Demagogie und Tatsachenverdrehung“ unterstellt. Sie hätten u. a. „die schwarzen Schatten der internationalen Kartelle und Monopole... unlösbar mit dem Begriff EWG“ verbunden. Dem Artikelschreiber ist es offenbar entgangen, daß tatsächlich die Gefahren, die in Westeuropa von den „Kartellen und Monopolen“ ausgehen, viele Gewerkschafter veranlaßt haben, gegen den EWG-Beitritt Norwegens zu stimmen.

Bemerkenswert ist, daß in den Landes- teilen, in denen das NATO-Manöver „strong expreß“ durchgeführt wurde, der Prozentsatz der EWG-Gegner besonders groß war. Offenbar hat diese Tatsache in NATO-Kreisen Besorgnis erregt. Das Manöver sollte ja dazu dienen, der Bevölkerung eine „Gefahr aus dem Osten“ zu demonstrieren und sie zu veranlassen, sich für den EWG-Beitritt zu entscheiden. Diese Absicht ist fehlgeschlagen, und so kann man in den großbürgerlichen Zeitungen lesen, daß der Widerstand gegen die EWG verhindert habe, die nördliche Flanke der NATO sicherer zu machen und Norwegen fester im NATO-Bündnis zu verankern. Diese Feststellungen verdeutlichen die Aufgabe, die der EWG als ökonomische Grundlage der NATO zugeordnet ist.

Tariffbewegung im Metallbereich beginnt schon jetzt Die meisten Gewerkschafter wollen 12 Prozent und mehr

Mit der Bundestagswahl und dem Jahresende rückt auch die nächste Tarifrunde in der eisenschaffenden und metallverarbeitenden Industrie näher. Die IG Metall schärft die Waffen des Arbeitskampfes; die Gewerkschaftsmitglieder diskutieren und präzisieren ihre Forderungen; die Unternehmer malen — wie immer — schwarz, was sie nicht daran hindert, derweilen die Profite einzustreichen.

Der Vorstand der IG Metall hat Anfang Oktober ausführlich über Probleme der Tarifpolitik in den nächsten Wochen beraten: Zum 30. November sind die Tarifverträge in der Eisen- und Stahlindustrie und zum 31. Dezember in der Metallverarbeitung kündbar. Als diese Zeilen geschrieben wurden, dauerten die Vorstandsberatungen noch an. Man wird davon ausgehen können, daß die Forderungen und Überlegungen der Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben und Verwaltungsstellen auf der Tagesordnung standen.

Eines schält sich in der Diskussion der Metallarbeiter über ihre Lohn- und Gehaltsforderungen klar heraus: Mit einem läppischen Nippen an der Profitpulle der Unternehmer sind sie nicht zufrieden; es wird ein kräftiger Zug verlangt.

So hat Ende September die Vertreterversammlung der IG Metall Wolfsburg die Große Tarifkommission der IGM Niedersachsen aufgefodert, für die Durchsetzung einer Lohn- und Gehaltsforderung von 14 Prozent einzutreten. 12 Prozent forderte die Vertrauensleute-Vollversammlung von drei Betrieben der Hoesch-AG in Dortmund. Namens der rund 27 000 Hoesch-Arbeiter begründeten die Vertrauensleute ihre Forderung mit der „lohnpolitischen Zurückhaltung der Metallarbeiter in den letzten Jahren“ sowie mit der unablässigen Teuerungswelle in der Bundesrepublik.

Eine „kräftige“ Anhebung der Löhne und Gehälter forderten auch die Delegierten der Bezirks-Handwerkskonferenz der IG Metall für das Münsterland. Auf einer Konferenz der IG Metall, an der Gewerkschaftsfunktionäre aus allen Betrieben der Eisen- und Stahlindustrie von Duisburg teilnahmen, wurden 12 bis 15 Prozent höhere Löhne und Gehälter bzw. 60 bis 75 Pfennige oder 120 bis 150 DM mehr gefordert.

Ähnliche Meldungen gehen in den Bezirksvorständen und beim zentralen Vorstand der IG Metall in diesen Wochen täglich ein. Sie unterstreichen die Bereitschaft der Metall-Gewerkschafter, für eine kräftige Erhöhung der Löhne und Gehälter zu kämpfen. Der erste Bevollmächtigte der IG Metall in Mannheim, Walter Spagerer, erklärte Ende September, er rechne

mit einer Tarifrunde, die an Härte nicht hinter der des letzten Jahres zurückstehen werde. Innerhalb der Gewerkschaft werde noch beraten, sagte Spagerer, ob in dieser Tariffbewegung feste Geldbeträge oder — wie bisher — Prozentsätze gefordert werden sollen.

Im Zusammenhang mit der kommenden Tarifaufeinandersetzung im Bereich der Metallwirtschaft, aber auch im öffentlichen Dienst, bei Bahn, Post usw., wo die Tarifverträge ebenfalls gekündigt werden, ist ein Umfrageergebnis von Interesse, das vor einiger Zeit im Auftrage des DGB von „Infas“ erstellt wurde. Es widerlegt insbesondere auch die Schutzbehauptung mancher Gewerkschaftsfunktionäre, die die Auseinandersetzung mit den Unternehmern scheuen und den Mitgliedern Kampfmüdigkeit nachsagen.

Laut „Infas“ (Institut für angewandte Sozialwissenschaften) halten 72 Prozent der Bevölkerung — darin sind also auch die Selbständigen enthalten — Lohn- und Gehaltserhöhungen für die wichtigste gewerkschaftliche Aufgabe in diesem Jahr. Bei den abhängig Beschäftigten sind es 84 Prozent und bei den Gewerkschaftsmitgliedern sogar 89 Prozent. Nur 20 Prozent der Befragten wären mit 10 Prozent Einkommensverbesserung zufrieden; alle anderen wollen mehr. Für die Durchsetzung ihrer Forderungen notfalls mit Streik treten 79 Prozent der potentiellen Gewerkschaftsmitglieder, 80 Prozent der Mitglieder und 86 Prozent der aktiven Mitglieder ein.

Die IG Metall wird diese Erwartungen, diese Kampfbereitschaft in der Tariffbewegung zur Geltung bringen müssen. Dazu ist die demokratische Einbeziehung der Mitglieder in Vorbereitung und Durchführung der Auseinandersetzung mit den Unternehmern unerlässlich. Die mancherorts bekanntgewordene Absicht des Vorstandes, möglichst regional zu verhandeln, aber zentral zum Abschluß zu kommen, lähmt die Aktivität der Mitglieder und schöpft nicht alle regional vorhandenen Möglichkeiten aus. Es wäre auch nicht richtig, mit dem Lohnkampf bis nach den Wahlen zu warten. Vielmehr bietet der Wahlkampf auch für die Tariffbewegung viele Möglichkeiten, die Kräfte der Gewerkschaften und der

ÖTV: Meinungsbildung nötig

Sockelbetrag wirksames Mittel gegen Benachteiligung ÖTV-Gewerkschaftsmitglieder diskutieren Lohnforderungen

Die Gewerkschaft ÖTV hat zum Jahresende 1972 die Lohn- und Gehaltstarifverträge für den öffentlichen Dienst gekündigt. Für jedes Mitglied, für jeden ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionär heißt es nun, den Antrag 408 vom letzten Gewerkschaftstag mit zu realisieren. Dieser Antrag besagt, daß vor der Beschlußfassung über Tarifforderungen durch die Große Tarifkommission eine breite Meinungsbildung in der Mitgliedschaft erfolgen soll.

Die ÖTV-Bezirksverwaltung Hessen hat eine Diskussionsvorlage zur Tarifrunde erarbeitet, die bei dieser Meinungsbildung — in den Personengruppenausschüssen, Vertrauensleutekonferenzen usw. — berücksichtigt werden soll.

Die Aktivität der Bezirksverwaltung als Beitrag zur Verwirklichung des Antrags 408 wird von den Mitgliedern positiv bewertet. Kein Verständnis bringt die Mehrheit der Kollegen hingegen dafür auf, daß in dem Papier der Bezirksverwaltung nur eine prozentuale Erhöhung der Löhne und Gehälter verlangt, die Forderung nach einem Sockelbetrag aber abgelehnt wird.

Inzwischen hat in weiten Bereichen des öffentlichen Dienstes bereits eine Meinungsbildung stattgefunden, wobei auch die Forderung nach einem Sockelbetrag als einem wirksamen Mittel gegen die Benachteiligung der niedrigen Einkommensgruppen bekräftigt

wurde. So hat der Zentrale Vertrauensleuteausschuß der städtischen Betriebe und Ämter in Frankfurt einen Sockelbetrag von 100 DM plus 7 Prozent oder eine 15prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung gefordert. Diese Höhe, so rechnen die Vertrauensleute vor — ergibt sich aus der 6prozentigen Steigerung der Lebenshaltungskosten innerhalb eines Jahres, der Erhöhung des Bruttosozialprodukts um 3 Prozent, einem 5prozentigen Nachholbedarf aus den letzten Jahren und der Erhöhung der Kranken- und Arbeitslosenversicherung ab Januar 1973. Vollinhaltlich unterstreichen die Vertrauensleute die Auffassung der Bezirksverwaltung Hessen, daß sich die Tarifforderungen der ÖTV weder an Lohnleitlinien, Orientierungsdaten und statistischen Meßziffern ausrichten können.

Dem Argument der leeren Kassen seitens der öffentlichen Arbeitgeber, so betonen die Gewerkschafter, steht der Rüstungsetat entgegen, der allein im

letzten Jahr um 11 Prozent, das sind 2,6 Milliarden Mark, gestiegen ist. Durch die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau müsse eine drastische Senkung des Rüstungsstats erfolgen. Weiterhin werden die Streichung der Subventionen an Unternehmer, eine Anhebung der Einkommensteuer für Großverdiener und die Novellierung der Erbschaftssteuer gefordert sowie eine Steuerverteilung zugunsten der Gemeinden und die Schaffung von Gesetzen, die jegliche Bodenspekulation verhindern, da gerade die Gemeinden beim Aufkauf von Boden für kommunale Zwecke finanziell stark belastet würden.

Je weitgehender die Forderungen der Mitglieder von der Großen Tarifkommission berücksichtigt werden, desto mehr werden sich die Mitglieder mit ihrer Organisation identifizieren, desto eher werden sie bereit sein, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln für die Durchsetzung der Forderungen zu kämpfen.

Ein Tarifabschluß, der eine echte Verbesserung der ökonomischen Lage der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst bringt, wird den Solidarisierungsprozeß innerhalb der ÖTV fördern, er wird darüber hinaus aber auch noch unorganisierten Kolleginnen und Kollegen zeigen, daß nur geschlossenes gewerkschaftliches Handeln den Erfolg bringt.

Sabine Eiermann

Tarifkündigungen auch bei Post und Eisenbahn

Neben der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, der zweitgrößten Gewerkschaft im DGB, haben auch die Deutsche Postgewerkschaft und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands die Kündigung ihrer Tarifverträge zum 31. Dezember 1972 beschlossen. Auf einer gemeinsamen Sitzung wurde eine Koordinierung der Maßnahmen bei der Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen festgelegt. Konkrete Lohn- und Gehaltsforderungen sollen jedoch erst Ende des Jahres erhoben werden, da man innerhalb der betreffenden Gewerkschaften zunächst diskutieren und die weitere wirtschaftliche Entwicklung abwarten sollte.

„Aktion Jugendschutz 72“

Zu einer „Aktion Jugendschutz 72“ hat die Gewerkschaftsjugend Hamburgs aufgerufen. Anlaß dazu sind die vom Gewerbeaufsichtsamt der Hansestadt festgestellten Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz, die von verbotener Nacharbeit, unzulässigen Überstunden bis hin zur körperlichen Züchtigung reichen. Auch vom DGB Hessen und Baden-Württemberg wurde zu einer Aktion Jugendschutz aufgerufen.

Arbeitskraft gegen das Kapital zu mobilisieren.

Für die Lohn- und Gehaltsforderungen und die Bereitschaft, sie durchzusetzen, sind aber auch einige soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte von Wichtigkeit. Während die Unternehmer, so z. B. „Gesamtmittel“ im Handelsblatt vom 29. September 1972, über die Ertrags- und Finanzlage der Metallindustrie klagen, sprechen die Zahlen von Wirtschaftsinstituten eine andere Sprache.

So sind in den Betrieben der Elektroindustrie im Verlauf dieses Jahres die Gewinne um etwa 20 Prozent gestiegen. Das Münchener IFO-Institut spricht von Profitsteigerungen in der Metallindustrie von mindestens 13 Prozent im ersten Halbjahr 1972. Die Auftragseingänge in der Elektroindustrie und im Maschinenbau sind in diesem Zeitraum um fast 24 Prozent geklettert. Die Produktivität in der metallverarbeitenden Industrie erhöhte sich im ersten Halbjahr 1972 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum

um 5,3 Prozent; in der gesamten Industrie liegt der Steigerungssatz je Arbeiterstunde um 6,8 Prozent.

Oder nehmen wir andere Zahlen: Die Bezüge von Vorstandsmitgliedern führender Konzerne betragen im abgelaufenen Jahr pro Nase bei Daimler-Benz 618 433 DM, bei Krupp (Hüttenwerke) 586 825 DM, bei der Thyssen-Hütte 443 753 DM und bei Siemens 315 774 DM. Die „Einkünfte“ der Vorstandsmitgliedern stiegen 1971 bei Stinnes um 75 Prozent, bei der AG Weser um 34 Prozent, bei VW um 22,5 Prozent und bei Audi-NSU um 20,8 Prozent.

Diese Manager haben die Preiserhöhungen nicht gespürt; im Gegenteil, ihre Einkommen stiegen rasant weiter. Jetzt sind die Arbeiter und Angestellten dran! Ihre Löhne und Gehälter müssen um mindestens 12 Prozent steigen, wenn nach Abzug von Preis- und Steuererhöhungen, Sozialabgaben usw. wenigstens 4 Prozent in der Lohnfülle übrig bleiben sollen, wie der DGB es fordert.

G. Siebert

In der progressiven Arbeiterbewegung ist sein Name ein Begriff, hat einen guten Klang. Vielen Gewerkschaftern und nicht zuletzt den Lesern der NACHRICHTEN ist er vertraut: Josef Ledwohn, seit Jahren eine führende Persönlichkeit der sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik, Mit-herausgeber der NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Seine Heimat ist das Ruhrgebiet. Am 24. Oktober 1904 als Bergarbeitersohn in der Bergarbeiterkolonie von Rünthe geboren, lebt er heute in der Ruhrmetropole Essen. Dazwischen liegen die vielen Stationen seiner beruflichen und politischen Entwicklung, die vor allem mit dem Leben und Kämpfen der Arbeiterschaft verbunden sind.

Josef Ledwohn, Volksschüler und Autodidakt, wurde gleich bei seiner Schulentlassung 1922 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV). Er wußte von Hause aus, wohin er gehörte: an die Seite seiner Klasse. Er lernte Schlosser und „sattelte“ später auf Elektriker um. In diesem Beruf arbeitete er viele Jahre als Monteur auf den Zechen über und unter Tage.

1927 wurde Ledwohn Mitglied der KPD. In dieser Partei war er in Funktionen von der Basis bis zur Führungsspitze tätig. In der Gewerkschaft bekleidete er viele Jahre ehrenamtliche Funktionen. Josef Ledwohn kann gleich auf zwei denkwürdige Lebensabschnitte zurückblicken: Neben dem 65. Geburtstag ist es die 50jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft, die eine besondere Hervorhebung verdient. Er gehört zu den Männern der ersten Stunde, die 1945 ohne Verzug darangingen, sich um die Schaffung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands zu bemühen. Bis 1954 gehörte er dem nordrhein-westfälischen Landtag an.

Seine politische Überzeugung, sein Engagement für die Interessen der Arbeiterklasse, für Sozialismus und gegen die Reaktion hat ihm unter von Papen, Hitler und Adenauer insgesamt acht Jahre Haft eingetragen. Bereits in der Nazizeit verfolgt, saß er Mitte der 50er Jahre u. a. wegen Herausgabe und Verbreitung des „Programms der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“ der KPD abermals 42 Monate im Gefängnis.

Wir sind gewiß, auch im Namen unserer Leser zu sprechen, wenn wir ihm, dem Gewerkschafter und Bundestagskandidaten der DKP in Nordrhein-Westfalen, noch viele Jahre engagierter Schaffenskraft wünschen.

Die Redaktion

Vertrauensleute sollen mehr Einfluß erhalten 9. Gewerkschaftstag verurteilt USA-Krieg in Vietnam

Der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund (17. bis 22. September 1972) war von einer kritischen Atmosphäre geprägt. Die 380 Delegierten der 618 000 Mitglieder zählenden drittstärksten Gewerkschaft setzten sich mit der bisherigen Tarifpolitik auseinander und nahmen zu wichtigen politischen, gesellschaftlichen und sozialen Fragen in konkreten Beschlüssen Stellung. Wenn auch der Gewerkschaftstag von Anbeginn im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahlen stand und die Mehrheit der Delegierten mit der Regierung Brandt/Scheel sympathisierte, war sie jedoch nicht bereit, eine vom IG-Chemie-Vorsitzenden Hauenschild versuchte Verteidigung des kapitalistischen Systems kritiklos hinzunehmen.

Einmütigkeit herrschte bei den Delegierten, daß die Politik der CDU/CSU, der Hauptpartei des Großkapitals, nicht den Forderungen der Arbeiter und Angestellten, sondern dem Gewinnstreben der Unternehmer und den Zielen „reaktionärer Kräfte“ dient. Darum wurden die sozial-demagogischen Auslassungen des CDU-Vorsitzenden Barzel bei seiner Begrüßungsansprache, die CDU wolle sich angeblich für die DGB-Prüfsteine zu den Bundestagswahlen einsetzen, mit Unmutsäußerungen und Gelächter von den Delegierten quittiert.

Kritik an der Tarifpolitik und ungenügende Auswertung der Streikerfahrungen des Jahres 1971 standen im Mittelpunkt der Diskussion zum Geschäftsbericht für die vergangenen drei Jahre. Mehrere Sprecher kritisierten, daß die Chemie-Streiks — die ersten nach 40 Jahren — in dem fast 800seitigen Geschäftsbericht faktisch nur am Rande erwähnt wurden. Der geschäftsführende Hauptvorstand habe die Mitglieder ungenügend auf den Arbeitskampf vorbereitet und trotz weiter bestehender Kampfbereitschaft durch einen unzureichenden „politischen Abschluß“ ohne Befragung der Mitgliedschaft die Streiks abgebrochen.

Das Argument des Hauptvorstandes, man könne in der Öffentlichkeit keine Auswertung der Chemie-Streiks vornehmen, weil dadurch die Unternehmer die eigenen gewerkschaftlichen Schwächen erkennen würden, wiesen zahlreiche Delegationen als fadenscheinig zurück. (Weitere Informationen zur Diskussion über die Tarifpolitik siehe Seite X).

Der Delegierte Heinz-Günther Lang machte deutlich, daß es falsch sei, bei der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen auf den Gesetzgeber zu warten. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die 40-Stunden-Woche seien „nicht im politischen Raum, nicht von politischen Mehrheiten, sondern durch die Kraft der Arbeitnehmer entschieden worden“. Diese Lehre gelte es auch im Hinblick

auf tarifvertragliche Rechte der Vertrauensleute zu ziehen.

Erneute Kritik wurde an der weiteren Mitarbeit im Rahmen der konzertierten Aktion geübt. Heinz Wötzel wies anhand der Orientierungsdaten der konzertierten Aktion und der tatsächlichen Tarifabschlüsse der letzten Jahre nach, daß damit Weichen für die Lohnpolitik gestellt wurden. Er zog die Schlussfolgerung: „Zugunsten einer progressiven Tarifpolitik bin ich der Auffassung: Raus aus diesem Verein!“

Dem Hauptvorstand gelang es unter der Devise: Rücksichtnahme auf die Bundesregierung, mehrere Anträge, die den Austritt aus der konzertierten Aktion forderten, als „erledigt“ unter den Tisch fallen zu lassen. Dafür wurde, wie schon beim 9. DGB-Kongreß, eine weitere Beteiligung von Bedingungen abhängig gemacht. Mangels Argumente hatte Karl Hauenschild „Franz Josef Strauß und Kurt Bachmann“ auf eine Stufe gestellt, denen man nicht die Freude gönnen dürfe, jetzt aus der konzertierten Aktion auszutreten. Jeder weiß, daß Strauß zusammen mit Schiller einer der Väter der konzertierten Aktion war, während der DKP-Vorsitzende Kurt Bachmann diesen Versuch einer staatlichen Lohnregulierung zugunsten der Unternehmerprofite von Anfang an bekämpft hat.

Unter dem Eindruck der verschärften Auseinandersetzungen mit den Herren der Chemie-Konzerne und der unmittelbaren Kamperfahrung in den Betrieben gab es in der Tarifpolitik und der Arbeit der Vertrauensleute konkrete Schlussfolgerungen zur Stärkung der Gewerkschaften. Gegen den Widerstand der Satzungscommission und des Hauptvorstandes beschlossen die Delegierten eine Satzungsänderung, nach der künftig die Mitglieder der Tarifkommission von Vertrauensleuterversammlungen zu wählen sind. In die Tarifrichtlinien wurde folgende Bestimmung aufgenommen: „Rechtzeitig vor Beginn von Tarifverhandlungen sind mit Unterstützung der zuständigen Verwaltungsstellen Versammlungen der gewerkschaftlichen

Vertrauensleute in den jeweiligen Tarifbezirken durchzuführen.

In einer Entschließung zur Tarifpolitik stellt sich die IG Chemie die Aufgabe, tarifvertragliche Rechte für Vertrauensleute durchzusetzen. Beispielsweise wird angestrebt: „Wahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute während der Arbeitszeit, Freistellung der Vertrauensleute, für die Durchführung ihrer gewerkschaftlichen Arbeit“ und für monatliche Sitzung unter Weiterbezahlung der Bezüge sowie erweiterter Kündigungsschutz. Mit dem verstärkten Einfluß der Vertrauensleute auf die Tarifpolitik und ihrer satzungsmäßigen Verankerung, die schon auf früheren Gewerkschaftstagen erfolgte, hat die IG Chemie für alle anderen Gewerkschaften in dieser Frage ein Beispiel gegeben.

Wie in der Tarifpolitik hat der Gewerkschaftstag auch zu den gesellschaftlichen und aktuell politischen Fragen viele Forderungen der Mitgliedschaft aufgeföhrt. So wurde u. a. die Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung gefordert und dabei die Aufgabe gestellt: „Die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen, die unsere Mitbestimmungsforderungen... unterstützen, muß stärker als bisher angestrebt werden.“

Ein weiterer Antrag zum Wirtschaftssystem verlangt, ausgehend von dem „Einfluß mächtiger Konzerne auf die politischen Entscheidungen“, „systemändernde Reformen“ und die „Überführung der Schlüsselindustrien sowie der markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum“. (Siehe Antrag 73 und IA 14 Seite IX) Letztere Forderung kam erst aufgrund eines Initiativantrags in den vom Hauptvorstand vorgelegten Gesamtantrag hinein. Vertreter des Hauptvorstandes versuchten diese Forderung herabzumildern bzw. auf eine weite Zukunft zu verweisen, indem sie u. a. das fadenscheinige Argument anführten, es wäre kein Geld vorhanden, um die Besitzer enteigneter Betriebe zu entschädigen.

Harte Kritik übte der Gewerkschaftstag an dem im Januar 1972 verabschiedeten neuen Betriebsverfassungsgesetz. Insbesondere wurde angeprangert, daß „der Betriebsrat im Rahmen der Sozialpartnerschaft einer betrieblichen Friedenspflicht unterworfen bleibt und „weiterhin die parteipolitische Betätigung verboten“ sei. Ferner werde mit „überzüchteten Gruppenrechten“ die „Solidarität der Arbeitnehmer“ zu spalten versucht.

Von den aktuell-politischen Beschlüssen ist ein vom Beiratsmitglied Emma Engelhardt eingebrachter und einmütig beschlossener Initiativantrag zum Krieg in Vietnam besonders hervorzuheben. Unmißverständlich wurde die USA-Aggression als „Völkermord“ bezeichnet, die sofortige Einstellung der Bombardierungen und der

Abzug aller USA-Truppen aus Vietnam, Laos und Kambodscha verlangt sowie die Bundesregierung aufgefordert, sich von der amerikanischen Politik in Vietnam zu distanzieren. (Wortlaut siehe Beschluß IA 10, S. IX) Weiterhin setzte sich der Gewerkschaftstag für die europäische Konferenz zur Sicherung des Friedens und der Zusammenarbeit ein.

Die Delegierten verurteilten die Aktion Widerstand, empfahlen das Verbot neonazistischer Gruppierungen, lehnten den Wehrkundeunterricht an den Schulen ab und setzten sich für die Einhaltung demokratischer Grundsätze für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein und protestierten damit indirekt gegen den sogenannten „Extremistenbeschluß“ der Länder-Ministerpräsidenten.

Bedeutungsvoll sind außerdem die Beschlüsse für die gewerkschaftliche Zusammenarbeit, einschließlich der WGB-Gewerkschaften in den EWG-Ländern, gegen die multinationalen Konzerne, zur Ablehnung der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer, für einen Einheitstarif im Nahverkehr sowie die Forderung nach einem Berufsbildungsgesetz. Insgesamt entschieden die Delegierten über 315 Anträge und Entschließungen sowie 28 Initiativanträge.

Im Gegensatz zu dieser von den Arbeiterinteressen geprägten Aufgabenstellung muß das Grundsatzreferat von Karl Hauenschild als... wertet werden, das... auf eine sozialpa... festzulegen. Vor... einen Beitrag zur Fu... DGB-Grundsatzprogramms... Grunde war es jedoch ein A... das DGB-Grundsatzprogramm... seinem Referat ein klares Be... zum kapitalistischen System e... war. Es sei nicht Aufgabe d...

werkschaften, den Kapitalismus zu überwinden, sondern lediglich seine Mängel zu beseitigen.

Der Delegierte Willi Malkomes gab darauf eine treffende Antwort: „Es haben sich schon andere als ‚Arzt am Krankenbett des Kapitalismus‘ versucht und mußten daran scheitern.“ (NACHRICHTEN werden sich noch ausführlich mit dem Grundsatzreferat von Hauenschild und der kritischen Diskussion dazu beschäftigen.)

Allerdings darf man nicht übersehen, daß Hauenschild unter dem Eindruck der kämpferischen Debatten auf dem Gewerkschaftstag und der zunehmenden Rechtsgefahr durch die Angriffe der CDU/CSU auch die Feststellung traf, die IG Chemie sei stolz, „links“ zu stehen. Wörtlich führte er im Schlußwort aus: „In unserer deutschen Geschichte haben die Rechten, die Nationalisten und die Chauvinisten häufiger versagt und mehr Schaden angerichtet als jede andere politische Gruppierung. In den Konzentrationslagern und Gefängnissen der Nazizeit haben Linke gelegen und sind Linke gestorben, und sie sind von Rechten bewacht und traktiert worden. Alle deutschen Kriege sind unter dem Vorzeichen ‚rechts‘ — und nicht ‚links‘ — geführt worden.“

Bei den Wahlen zum geschäftsführenden Hauptvorstand wurden die bisherigen Mitglieder von den 380 Delegierten wiedergewählt: Vorsitzender Karl Hauenschild (325); stellvertretende Ferdinand Eichhorn (326); Hauptkassier (328); Mityer (237); Erwin Winkler (237); Hermann Rappe (312). Die Stimmenzahl für den Tarifgrüner wurde von Konträrtern als Kritik an der Arbeit des Hauptvorstandes gewertet. Werner Petschick

OTV fordert 13,9 Prozent für Hafnarbeiter

Die große Tarifkommission der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr für die norddeutschen Seehäfen hat in ihrer Sitzung am 12. September 1972 für die Hafnarbeiter einstimmig die Erhöhung des Grundstundenlohnes von 6,63 auf 7,55 DM verlangt. Das sind 13,9 Prozent. Der Tarifvertrag wurde zum 31. Oktober gekündigt. Die gewerkschaftlichen Funktionärsversammlungen der Hafnarbeiter in Hamburg und Bremen hatten aufgrund der Entwicklung der Lebenshaltungskosten, des Nachholbedarfs und insbesondere der hohen Profite der Hafenunternehmer Lohnforderungen zwischen 18 und 25 Prozent erhoben.

NGG: 13. Monatseinkommen und 9 Prozent

Hauptvorstand und Beirat der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten haben die Kündigung der Tarifverträge in allen Zweigen in der Zeit vom 31. Dezember 1972 bis zum 31. März 1973 beschlossen und ihre Lohn- und Gehaltsforderungen präzisiert. Neben der Zahlung eines 13. Monatseinkommens — unabhängig vom Urlaubsgeld — wird eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um nur 9 Prozent gefordert. In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß die NGG zu den Prüfsternen des DGB an die politischen Parteien stehe und die CDU/CSU nicht als Interessenvertreterin der arbeitenden Menschen gelten könne.

Kongreß der IG Bergbau

Bergarbeiter gegen Regierungsübernahme durch CDU/CSU Kein Abbau der Sozialleistungen — Für Gemeineigentum

Der 10. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie, der vom 24. bis 28. September 1972 in Hannover tagte, war einer der Gewerkschaftstage, die nach der vorzeitigen Auflösung des Bundestages und der Festsetzung von Neuwahlen zum 19. November dieses Jahres stattfanden. In der Eröffnungsveranstaltung fanden sowohl die Ausführungen von Willy Brandt als auch die von Ministerpräsident Kühn lebhaften Beifall, während die von Katzer (CDU) auf offenen Widerspruch und Ablehnung bei den Delegierten der IG Bergbau und Energie stießen. Es ist charakteristisch für die Stimmung bei den Bergarbeitern, daß sie auf keinen Fall eine Rückkehr der CDU/CSU in die Regierungsverantwortung wollen.

Die Ruhrkohle AG (RAG) war in der Diskussion zu den Geschäftsberichten wie zu den entsprechenden Anträgen ein Hauptpunkt des Gewerkschaftskongresses. Mehrere Delegierte übten heftige Kritik an den kapitalistischen Praktiken der RAG. Die Delegierten Heinrich und Grohne wiesen nach, daß entgegen den Behauptungen in der Öffentlichkeit, die RAG mache laufend Verluste, sie in den drei Jahren 1969/70/71 mindestens 2,5 Milliarden DM Gewinne gemacht habe, die aber in die Tresore der Altgesellschaften und Banken in Form von Zinsen und Tilgungen der Einbringungsforderungen geflossen seien.

Peter Heinrich kritisierte, daß der IGBE-Vorsitzende Adolf Schmidt zur Frage der Überführung des Bergbaus und aller anderen Werke der Energiewirtschaft keine klare Stellung genommen habe. Auch der vom Hauptvorstand zur Annahme empfohlene Antrag 12 sei nicht ausreichend, weil die eigenen Aktionen der IGBE nicht klar umrissen würden. Der Delegierte Werner Weber machte dazu den bemerkenswerten Vorschlag, der Hauptvorstand der IGBE solle selbst einen Gesetzentwurf zur Überführung der Betriebe der Energiewirtschaft in öffentliches Eigentum ausarbeiten.

Der Antrag 12, in dem es heißt: „Der Hauptvorstand wird beauftragt, nunmehr mit aller Entschiedenheit dafür zu sorgen, daß die Bergbau- und Energiewirtschaft in Gemeineigentum überführt wird“, wurde schließlich mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Die Debatte zur RAG zeigte sehr deutlich, daß die Bergarbeiter von einem tiefen Mißtrauen gegen diesen großkapitalistischen Kohlekonzern erfüllt sind und nun nach Wegen suchen, wie die rücksichtslose Profitwirtschaft im Bergbau abgeschafft werden kann. Freilich kann nicht übersehen werden, daß der geschäftsführende Vorstand, vor allem der Vorsitzende Adolf Schmidt, praktisch andere Wege geht und Konstruktionen im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft anstrebt.

Ein anderes Problem, das ebenfalls mit der RAG zusammenhängt, war auf dem Kongreß in Hannover stark umstritten: Der Delegierte Ludwig Hill wandte sich entschieden gegen den Einbau des Wohnungsgeldes in den Tariflohn, wie das bei dem letzten Tarifabschluß im Bergbau geschehen ist, und forderte die Wiedereinführung des Wohnungsgeldes und — entsprechend der gestiegenen Mieten — eine Erhöhung dieses Zuschusses. Hill konnte sich bei seiner Forderung auf einen Antrag stützen, der von 151 Ortsgruppen der IGBE an den Gewerkschaftskongreß gestellt war. Außerdem verwies er auf das Europäische Bergarbeiterstatut, in dem das Wohnungsgeld ein fester Bestandteil des besonderen sozialen Status der Bergarbeiter ist.

Um diese Frage entwickelte sich eine heftige Debatte. Erst als der 1. Vorsitzende Adolf Schmidt das Wort ergriff, wurde es möglich, den Antrag 179, der den bestehenden Zustand (Einbau des Wohnungsgeldes in den Tariflohn) sanktionieren sollte, gegen eine starke Minderheit anzunehmen.

In der Diskussion zu den Geschäftsberichten kam die Unzufriedenheit mit der Lohnentwicklung im Bergbau hoch. Der Delegierte Werner Fröse kritisierte die „geräuschlosen Lohnrunden“, die der IGBE nicht würdig seien. Die in der Schiller-Ära verordneten Orientierungsdaten seien ein Instrument zur Disziplinierung der Gewerkschaften. In der Debatte wurde mit Bitterkeit darauf verwiesen, daß mit dem „Schrumpfungsprozess des Bergbaus“ auch der soziale Status der Bergarbeiter zusammengeschrumpft werde, so daß z. B. die Bergarbeiter mit ihrem Lohn immer mehr an das Ende der Lohnskala gerieten.

Ein großes Ärgernis für alle Bergarbeiter ist die seit Jahren andauernde Rentenbenachteiligung. Am klarsten brachte das der Delegierte Ludwig Hill zum Ausdruck. Er sagte u. a.: „Unseren Bergleuten hat man seit 1968 eine Rentenkürzung aufgezwungen, die, richtiger gesagt, einem Rentenraub gleichkommt. Ich meine jenen Rentenraub, der mit der Abschmelzung des Steigerungssatzes von 2,5

auf 2 Prozent vornehm beschrieben ist. Die Kürzung unserer Renten geht aber weiter und wird auch bei der neuen Rentenanpassung fortgesetzt. Die Anpassung im neuen Rentenjahr soll 9,5 Prozent betragen, aber die Anpassung für Knappschaftsrenten beträgt nicht 9,5 Prozent, sondern nur rund 4,29 Prozent.“

Die Forderung des Kongresses nach Wiederherstellung der alten Knappschaftsrenten mit dem Steigerungssatz von 2,5 Prozent war einmütig.

Im Verlauf der Debatte über die Anträge an den Gewerkschaftskongreß kam es zu einer bemerkenswerten Diskussion über ein Jugendproblem. Der 11. Jugendtag der IGBE hatte in einem Antrag gefordert, Regelungen zu schaffen, die es der IGBE-Jugend gestatten würden, einen gegenseitigen Jugendaustausch mit den sozialistischen Ländern durchzuführen. Die Antragskommission war für Ablehnung dieses Antrags. Mehrere Delegierte wandten sich gegen diese Empfehlung der Antragskommission.

Angesichts der Verträge mit der Sowjetunion, Polen und der DDR, sowie des Austausches von Spitzendelegationen der Gewerkschaften dieser Länder untereinander reagierte der Kongreß auf die geforderte Ablehnung des Antrags vom 11. Jugendtag mit Mißmut. In der Abstimmung siegte zwar der Hauptvorstand, aber eine große Anzahl von Gegenstimmen zeigte die Unzufriedenheit.

Wenn auch in den 467 Anträgen an den Gewerkschaftskongreß der IGBE verständlicherweise die sozialen Fragen vorherrschten, gab es auch zahlreiche Anträge zu den aktuellen politischen Fragen, wie zu der Realisierung der Verträge von Moskau und Warschau, der Abrüstung, der Beendigung des Vietnamkriegs, der Durchführung einer europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit.

Der Delegierte Werner Weber ging über die Ausführungen in den Geschäftsberichten zu diesen Fragen deutlich hinaus und sagte u. a.: „Es genügt meines Erachtens nicht, sich nur allgemein für eine internationale Solidarität mit den seinerzeit im englischen Bergbau streikenden Bergarbeitern auszusprechen, sondern man müßte einiges konkret aussprechen, was zur Stunde ansteht. Ganz gezielt meine ich den barbarischen Krieg der USA gegen die Völker Indochinas. Es ist, davon bin ich überzeugt, eine erklärte Absicht der amerikanischen Militärs, hier eine Provokation zu starten und Nordvietnam in die Steinzeit zurückzubombardieren.“

Solche Ausführungen verdeutlichen, wie auch bei den Bergarbeitern das politische Bewußtsein geschärft wird und der Wille zu stärkerer Aktivität wächst.

Josef Ledwohn

Rüstung nicht länger tabu

Takt für Topmanager zu vervollkommen".

Vetter sprach vor Delegierten des 9. GdED-Kongresses Junge Eisenbahner melden sich unüberhörbar zu Wort

Mit der Verabschiedung eines 20 Punkte umfassenden Aktionsprogrammes ging am 22. September in der Nürnberger Meistersingerhalle der fünf Tage dauernde 9. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands zu Ende. Das Grundsatzreferat hielt Heinz Oskar Vetter. Zum erstenmal in der Geschichte dieser Organisation nahm eine Delegation des Zentralkomitees der sowjetischen Eisenbahnergewerkschaft unter Führung des stellvertretenden Vorsitzenden Woropaj an einem Eisenbahnerkongreß teil.

In seiner Eröffnungsansprache unterstrich der GdED-Vorsitzende Philipp Seibert die Notwendigkeit einer umfassenden Friedens- und Verständigungspolitik. Es müsse zu einer Aussöhnung mit den Menschen in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern kommen. Hier seien bereits die Fundamente für neue Brücken gelegt worden.

Auch die Eisenbahnergewerkschaft ist politischer geworden. Das kam bereits am ersten Tag bei der Wahlrede des Vertreters der CSU zum Ausdruck. Als er die Größe von Rainer Barzel und Franz Josef Strauß überbrachte, wurden seine Ausführungen wiederholt von Pfiffen unterbrochen.

Philipp Seibert, der zum Vorsitzenden wiedergewählt wurde, forderte ein Spitzen Einkommen für die Bediensteten der Bundesbahn. Dieses Ziel müsse auch deshalb erreicht werden, weil die Eisenbahner „rund um die Uhr“ arbeiten. Der GdED-Vorsitzende, der als Voraussetzung für die Beseitigung des Verkehrschaos eine bessere Verkehrspolitik verlangte, setzte sich besonders kritisch mit der Personalsituation bei der Bundesbahn auseinander. Auf lange Sicht und wenn man die notwendigen Arbeitszeitverkürzungen einkalkuliere, seien 400 000 Eisenbahner notwendig.

Es gehe nicht an, daß man versuche, Eisenbahner nach falschen Faustregeln wegzurationalisieren oder sie sinnlos im Lande hin- und herzuschieben. Zwar sei Schluß gemacht worden mit der „personellen Schrumpfungspolitik der Kopfjäger“, es werde nicht mehr von 100 000 oder 82 000 Eisenbahner zuviel, sondern eher von 10 000 zu wenig gesprochen, aber man habe sich mit den Sünden eines Jahrzehnts herumzuschlagen. „Denn wir hatten aus dem Stegreif keine neuen Eisenbahner zur Verfügung. Man kann Eisenbahner nicht ‚backen‘, man bekommt Eisenbahner auf dem Arbeitsmarkt ‚nicht geliefert‘, Eisenbahner muß man sorgfältig ausbilden.“

Neben einer im Interesse der arbeitenden Menschen liegenden Steuerpolitik, die nicht höhere Steuern für alle, sondern Steuerentlastungen „unten“ und Steuererhöhungen „oben“

bedeuten müsse, setzte sich der GdED-Vorsitzende für die paritätische Mitbestimmung ein: „Bei einer Abstimmung im Verwaltungsrat der Bundesbahn, bei der es z. B. um 82 000 Eisenbahner geht, bei der es um das Schicksal des Werkstättenpersonals geht, bei der auch die Arbeitsplätze im Stückgut oder bei den Direktionen berührt werden, da genügen weder 25 Prozent noch 33 Prozent noch 49 Prozent, da braucht man eben ganze 50 Prozent, um neue und beiderseits akzeptable Lösungen erzwingen zu können. Das ist der Grund, warum uns weder ein Leber-Modell von 40 Prozent noch ein CDU-Modell von 37 Prozent interessierte. Das ist keine Mitbestimmung, das ist ein ‚Auch-dabei-sein-dürfen‘, das ist ein für die Vertretung der Eisenbahnerinteressen uninteressanter Beobachtungsstatus.“

Einer der Höhepunkte des Kongresses war die Rede des DGB-Vorsitzenden Vetter, der besonders die acht Prüfsteine zur Bundestagswahl erläuterte. Er übte scharfe Kritik an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, „deren oberste Maxime privater Gewinn ist“.

Der DGB-Vorsitzende betonte, daß die Finanzierung der öffentlichen Investitionen „zuallererst eine Frage der politischen Prioritäten“ sei: „Ich möchte es hier in aller Offenheit sagen: Der Rüstungshaushalt darf nicht länger tabu sein.“ Nicht zuletzt habe der DGB die Friedenspolitik der Brandt/Scheel-Regierung begrüßt. „Allein eine Politik der Entspannung und Aussöhnung gibt den Weg frei für eine Begrenzung der Wehretats.“

Leider fand diese berechtigte Forderung keinen Niederschlag in einer entsprechenden Entschließung. Vetter, der erneut die Forderung des DGB-Grundsatzprogrammes nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum bekräftigte, verlangte, ebenso wie Philipp Seibert, ein einheitliches Dienstrecht bei der Bundesbahn.

Auf das Verkehrschaos eingehend, forderte er, daß der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs eindeutig Vorrang haben müsse. Das sei wichtiger, „als ein Hochleistungssystem von TEE- und Intercityzügen im Zwei-Stunden-

Zu lebhaften Diskussionen kam es bereits am zweiten Tag des Kongresses bei der Beratung eines Satzungsantrages der Bundesjugendkonferenz. Die jungen Eisenbahner, die bemängelten, daß sie auf dem Gewerkschaftstag unterrepräsentiert seien, verlangten die Wahl ihrer Delegierten auf den Bezirksjugendkonferenzen. Sie verwiesen in der Begründung auf Seibert, der in seinem Geschäftsbericht von mehr Rechten für die Jugend gesprochen hatte.

„Lippenbekenntnisse nützen uns nichts“, erklärten mehrere junge Delegierte. Entgegen der Empfehlung der Antragskommission setzten die jungen Gewerkschafter ihre Forderung durch. Das war aber auch das einzige Zugeständnis, das die Mehrheit der Delegierten ihren jungen Kollegen machte. Alle anderen Anträge fielen unter den Tisch bzw. gingen auf in verwaschenen Resolutionen, die nicht ihrem Willen Rechnung trugen.

So hatte die Bundesjugendkonferenz gefordert, dem Treiben der NPD und der Aktion Widerstand notfalls durch gesetzliche Maßnahmen ein Ende zu bereiten. In der Entschließung wurde daraus eine Kampfansage gegen rechts und links. Nicht anders erging es ihrem Antrag, der eindeutig die Verurteilung des Beschlusses der Länderinnenministerkonferenz gegen die Einstellung von fortschrittlichen Kräften im öffentlichen Dienst verurteilte.

Besonders die jungen Delegierten Dreidler und Wunder betonten, sie hätten den Eindruck, als sei man in der Bundesrepublik nach wie vor auf dem rechten Auge blind. Es seien rechtsstehende Kräfte gewesen, die schon einmal die Arbeiterorganisationen zerstört hätten. Gegen diese müsse der Kampf geführt werden; „das sind wir unserer Gewerkschaft schuldig“. „Wo werden die Interessen der Arbeiter vertreten?“, so fragten sie. „Auf der rechten Seite bestimmt nicht.“

Ähnlich argumentierten weitere junge Delegierte. Wider besseres Wissen behauptete der Essener GdED-Betriebsvorsitzende Katzor, daß die Weimarer Republik von Kommunisten und Nazis zerstört worden sei. Wenn die jungen Delegierten auch eine Abstimmungsniederlage erlitten, so sind es doch hoffnungsvolle Ansätze, daß auch in der GdED wieder politische Auseinandersetzungen geführt werden.

Nach fünftägiger Dauer endete der Kongreß mit der Annahme des „Nürnberger Aktionsprogramms“ der GdED, das neben Forderungen nach sechswöchigem Urlaub, vierwöchigem Bildungsurlaub, voller Mitbestimmung und einem besseren Personalvertretungsgesetz auch die Aufnahme von Kontakten mit den Eisenbahnern in der DDR vorsieht.

Gisela Mayer

Kritische Töne bei IG Bau

Abrechnung mit Geheimdiplomatie in der Tarifpolitik Akzente gegen CDU/CSU — Kontra Sozialpartnerschaft

Der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden setzte in Diskussion und Beschlußfassung einige Akzente, die auf einen beginnenden gewerkschaftspolitischen Klärungsprozeß in dieser viertgrößten Organisation im DGB hinweisen. In der Tarif- und Sozialpolitik, der Gesellschafts- und allgemeinen Politik wurden manche Beschlüsse gefaßt, die — anders als auf vorausgegangenen Kongressen dieser Gewerkschaft — eine bessere Orientierung auf eine konsequente Interessenvertretung der Beschäftigten in der Bauwirtschaft ermöglichen. Die Diskussion auf dem Gewerkschaftstag vom 24. bis 30. September 1972 in Mainz war mit kritischen Tönen gegen die sozialpartnerschaftliche Politik des Hauptvorstandes gespickt. Auch in der Atmosphäre des begonnenen Bundestagswahlkampfes verstanden es die Bau-Gewerkschafter, ihre Interessen zu formulieren.

Am größten war die Unzufriedenheit der 338 Delegierten von über 500 000 Gewerkschaftsmitgliedern mit der Art und Weise der Tarifpolitik des Hauptvorstandes. Mehrere Anträge forderten, „daß Schluß gemacht wird mit der Tarifpolitik hinter verschlossenen Türen“. Die Einbeziehung der Mitglieder in die Tarifpolitik der Gewerkschaft war das zentrale Anliegen aller Diskussionsredner.

Trotz der von beispielloser Hektik infolge Zeitnot gekennzeichneten Antragsberatung kam es in der vorletzten Stunde des Gewerkschaftstages zu einer längeren tarifpolitischen Diskussion. Der Delegierte Kurt Herforth, Aachen, betonte, das es dabei im Grunde um die innergewerkschaftliche Demokratie gehe. Die Mitglieder wollten bei der Tarifpolitik mitbestimmen, und nur wer das könne, engagiere sich stärker für die Gewerkschaft. Der Mitgliederwille müsse künftig in politischen Handeln umgesetzt werden.

Ein anderer Delegierter erklärte: „Uns geht es darum, endlich von der Sozialpartnerschaft wegzukommen, damit der Arbeitgeber nicht als guter Onkel dasteht.“ Bereits in der Diskussion zum Geschäftsbericht hatte sich der Unmut der Bau-Gewerkschafter mit der tarifpolitischen Praxis des Hauptvorstandes entladen.

Der mit 275 von 338 Stimmen wiedergewählte Vorsitzende Rudolf Sperner hatte in seinem mündlichen Geschäftsbericht eingestehen müssen, daß das Ziel der Bauarbeiter, mit den Löhnen und Gehältern wieder in die Spitzengruppe vorzurücken, weder bei den Tarif- noch bei den Effektivlöhnen erreicht worden sei. Er sprach sich indirekt gegen die Einbeziehung der Mitglieder in die Tarifpolitik aus, indem er sich dagegen wandte, die Höhe der Forderungen vor Verhandlungen mit den Unternehmern in den Verwaltungsstellen (Sperner: „... auf dem Marktplatz“) zu diskutieren. Er wünsche keine „neue Linie“ in der Lohnpolitik.

In der Diskussion wurde dem Hauptvorstand jedoch nachdrücklich nahe-

gelegt, nicht mehr ohne die Mitglieder zu operieren, die vor jeder Tarifbewegung lange genug Gelegenheit haben müßten, ihre Forderungen zu präzisieren. Allgemeine Forderungen nach „mehr Lohn“, die dann von den Verhandlungsführern des Hauptvorstandes und der Großen Tarifkommission mit den Unternehmern „hinter verschlossenen Türen“ ausgehandelt würden, ohne daß die Gewerkschaftsmitglieder zum Resultat ja oder nein sagen könnten, müßten künftig „passé“ sein.

Nach heftiger Antragsdebatte und mehreren Abstimmungen wude vom

CDU-Niederlage bei den Bau-Gewerkschaftern

Das einzige CDU-Mitglied im bisherigen Hauptvorstand der IG Bau-Steine-Erden, August Weimer, ist auf dem 9. Gewerkschaftstag in Mainz nicht wiedergewählt worden. Nach dem sechsten Wahlgang, in dem er wieder nicht die nötige Stimmenzahl erreichte, erklärte Weimer: „Ich verzichte. Für mich ist die Grenze des Zumutbaren erreicht.“ Für Weimer zog der Sozialdemokrat Max Geppert in den Hauptvorstand ein, nachdem der aussichtsreichste Kandidat, Kurt Herforth, infolge zu großer Kompromißbereitschaft aufgegeben hatte.

In der Vorstandswahl fand die gegen die CDU/CSU und ihre Demagogie zur Bundestagswahl gerichtete Stimmung der Bau-Gewerkschafter den stärksten Ausdruck. Nach der Vorstandswahl brachten mehrere Delegierte in Gesprächen mißverständlich zum Ausdruck, daß auch jeder andere CDU-Mann, der für den Vorstand kandidiert hätte, nicht durchgekommen wäre. Nicht irgendwelches Proporzdenken, sondern allein gewerkschaftliche Aktivität sei ausschlaggebend.

Kongreßleiter Konrad Carl, dem mit nur 213 von 338 Stimmen wiedergewählten 2. Vorsitzenden, der Antrag 200 für angenommen erklärt. Es handelt sich dabei um den mildesten Antrag, der von der Antragsberatungskommission zur Annahme empfohlen wurde: „Der Hauptvorstand wird aufgefordert, in Zukunft die Gewerkschaftsmitglieder in den Entscheidungsprozeß über tarifliche Forderungen rechtzeitig und besser einzubeziehen.“

Ob dieser Antrag tatsächlich die Mehrheit (von bestenfalls fünf bis zehn Stimmen) gefunden hat, ist zweifelhaft, weil Konrad Carl Stimmenauszählung unter langanhaltenden Protestrufen ablehnte. Zudem waren die Delegierten arglistig getäuscht worden. Sie waren durch ein von der Kongreßleitung angenommenes Kompromißangebot Kurt Herforth, die Befürworter des weitergehenden Antrags 201 würden nur für den Antrag 200 stimmen, wenn 201 als Material zu 200 verabschiedet werde, in den Glauben versetzt, es werde über diese Empfehlung abgestimmt. Der Antrag 201, der die wirkliche Stimmung in der IG Bau—Steine—Erden exakter ausdrückt lautet:

„Der Gewerkschaftstag möge beschließen, daß Schluß gemacht wird mit der Tarifpolitik hinter verschlossenen Türen. Bei künftigen Tarifrunden müssen den Mitgliedern unserer Gewerkschaft direkte Einflußmöglichkeiten eingeräumt werden. Das soll in der Weise geschehen, daß die Vertreterversammlungen der Verwaltungsstellen nach eingehender Diskussion der Forderungen in den Ortsverbänden durch Beschluß dem Hauptvorstand und Gewerkschaftsbeirat Art und Höhe der Forderungen mitteilen. Nach Abschluß eines Tarifvorschlages müssen die Ergebnisse den Vertreterversammlungen der Verwaltungsstellen mit einer Empfehlung des Gewerkschaftsbeirates zur Beschlußfassung vorgelegt werden.“

In den Rechenschaftsberichten der Mitglieder des Hauptvorstandes und im Hauptreferat Sperners fehlten Aussagen zu politischen Fragen so gut wie gänzlich. Die politischen Akzente setzten — neben den obligatorischen Begrüßungsreden von Bundeskanzler Brandt, Sozialminister Arendt und dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kohl (CDU) — mehrere Delegierte.

Mit scharfen Worten wandte sich Theo Schoofs gegen die Diffamierung der Gewerkschaften als „Jubel- und Beifallskompanien“ der Bundesregierung durch Barzel. Nicht Barzel und Strauß, sondern den Gewerkschaften sei es zu verdanken, daß die NPD nicht in den Bundestag habe einziehen können. In seinem immer wieder von Beifall unterbrochenem Diskussionsbeitrag sagte Schoofs: „Die Demokratie in diesem Land wurde immer von rechts, von der CDU/CSU und von der NPD, bedroht. Das wird auch in Zu-“
(Weiter auf Seite 11)

kunft so bleiben, und wir sollten dafür sorgen, daß das nicht mehr möglich sein kann."

Auch der Delegierte Werner Becker warnte vor Barzel und Strauß, die sich als Gefahr für Demokratie erwiesen hätten. Die IG Bau—Steine—Erden forderte er auf, „nicht mehr im Schneckenhaus sitzen“ zu bleiben.

Die schädliche Wirkung der konzentrierten Aktion auf die Tarifpolitik und Tarifautonomie unterstrich der Delegierte Kurt Berger. Er verwies auch auf den Widerspruch, der darin bestehe, daß „diese Bundesregierung erklärte, mehr soziale Gerechtigkeit schaffen zu wollen, der damalige Bundeswirtschaftsminister Schiller aber gleichzeitig bemüht war, die Gewerkschaften an die Kette staatlicher Lohnleitlinien zu legen“.

Gerhard Gegenheimer meinte, es sei wohlthuend aufgefallen, daß auf dem Kongreß das Wort „Sozialpartnerschaft“ nicht mehr gebraucht wurde. Das sei gut so, denn Sozialpartnerschaft „gibt es bei uns nicht“. Der Delegierte Peter Jungblut bezeichnete die Unternehmer als die Schuldigen an der Preisentwicklung. Das sei in der Gewerkschaftsarbeit nicht deutlich gemacht worden. „Wann wird hier endlich einmal eine Angriffsstrategie entwickelt“, fragte er, „und so taktiert, daß wir aus der ewigen Abwehrrschlacht, daß wir die Preisschuldigen sind, herauskommen?“

Eine stärkere Orientierung auf die allseitige Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten kommt auch in zahlreichen Beschlüssen zum Ausdruck, wengleich wichtige Fragen wie die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten sowie der Kampf gegen Neonazismus und NPD oder die Beteiligung der IG Bau—Steine—Erden an den Kontaktbestrebungen zu Gewerkschaften der DDR und anderer sozialistischer Länder beschlußmäßig keinen Niederschlag gefunden haben. Hier muß sich die Gewerkschaft bemühen, Anschluß an die Entwicklung im DGB zu finden.

Der Gewerkschaftstag sprach sich für eine europäische Verständigung aus, „wie sie von der Bundesregierung und dem DGB angestrebt wird“. Die Bundesregierung wurde zur „aktiven Teilnahme“ an einer europäischen Sicherheitskonferenz aufgefordert. In einer Entschließung erklärt der Gewerkschaftstag sein Eintreten „für eine Politik der Entspannung, der Annäherung und des Ausgleiches zwischen allen Völkern und Staaten“. Die Voraussetzung dafür sei die „gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung der Staaten untereinander, auch wenn sie verschiedene Gesellschaftsordnungen haben“. Für die Entspannung zwischen BRD und DDR seien Beziehungen und Verträge erforderlich.

In einer weiteren Entschließung fordert der Gewerkschaftstag die Beendi-

Starker Aufschwung bei HBV

Politische Umweltverschmutzung der CSU angeprangert Gewerkschaftstag der HBV: Springer-Zeitungen boykottieren

Unter dem Motto „Aktivität plus Solidarität heißt Zukunft gewinnen“ kamen vom 1. bis 6. Oktober 1972 in Dortmund 154 Delegierte der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) zu ihrem 8. ordentlichen Gewerkschaftstag zusammen. Es war ein politischer und kritischer Gewerkschaftstag, der zu wesentlichen Problemen im Interesse der Arbeiter und Angestellten Stellung bezog und neue Akzente für den DGB setzte.

Der wiedergewählte Vorsitzende Heinz Vietherr konnte in seinem Geschäftsbericht eine stolze Bilanz der Mitgliederentwicklung ziehen. Mit 181 000 organisierten Arbeitern und Angestellten gab es gegenüber dem letzten Gewerkschaftstag 1968 einen Nettowachstum von fast 50 000 Mitgliedern.

Auch dieser Gewerkschaftstag stand stark im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahl, wie die Ovationen für Bundeskanzler Brandt zeigten. Allerdings hinderte die Unterstützung für diese Regierung die Delegierten nicht, ihre Versäumnisse zu kritisieren. In einem Initiativantrag unterstützte der Gewerkschaftstag die acht „Prüfsteine“ des DGB zu den Bundestagswahlen

Die Finanzierung der geforderten Reformen spielte in der Diskussion eine nicht unerhebliche Rolle. Die in den

ehrenamtlichen Hauptvorstand gewählte Ingrid Schuster sprach sich gegen jeglichen Lohnverzicht aus und verlangte unter dem Beifall der Delegierten, daß die Subventionsflut zugunsten der Großunternehmer einge-dämmt, die Spekulationsgewinne abgeschöpft und die Unternehmerprofite stärker besteuert werden. Zugleich trat sie für eine Durchforstung des Rüstungsetats ein.

Diese Forderung sprach auch DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter in einem Grundsatzreferat an und wandte sich außerdem gegen die „politische Umweltverschmutzung“ der CSU und des Bayernkuriers, die er mit einem „neuen Rechtsextremismus“ in Zusammenhang brachte.

Die 315 Anträge und Entschließungen sowie 24 Initiativanträge haben für (Weiter auf Seite 12)

gung aller Kriege und den Abzug aller Truppen aus fremden Ländern. Die Bundesregierung wird aufgefordert, „sich von allen Kriegen in der Welt zu distanzieren“. Der Vietnam-Krieg wird zwar nicht direkt angesprochen, jedoch ist die Bezugnahme deutlich.

Ein Initiativantrag, der dem Inhalt nach eindeutig auf die Bundesrepublik zugeschnitten ist, fordert die schrittweise Senkung der Verteidigungslasten und verweist darauf, daß so Steuererhöhungen vermieden, neue Schwerpunkte in der Finanzpolitik gesetzt und Reformen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung finanziert werden könnten. Die Antragsberatungskommission ließ in der Abstimmungshetik nach „Senkung der Verteidigungslasten“ die beiden Worte „aller Länder“ einfügen und nahm so die Bundesregierung aus der Schußlinie.

Bemerkenswert ist auch die einstimmig angenommene Entschließung, in der die Delegierten das „rücksichtslose Profitstreben“ einer Minderheit anprangern. Regierung und Parlament werden aufgefordert, „gegen unethische Kapital- und Finanzkreise gesetzliche Schritte gemäß Artikel 15 un-

seres Grundgesetzes anzuwenden“. Damit ist Enteignung gemeint.

Der Gewerkschaftstag beriet zusammen mit den Anträgen zur Satzung über insgesamt 550 Anträge und Entschließungen. Er lehnte den Vorschlag ab, den nächsten Gewerkschaftstag nicht schon nach drei, sondern erst nach vier Jahren einzuberufen. Der Kongreß forderte die volle Anwendung des Betriebsverfassungsgesetzes und wandte sich gegen den Abschluß diesbezüglicher Sonderverträge mit den Unternehmern. Außerdem wird gefordert: die Verbesserung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, die Gewährung eines bezahlten Bildungsurlaubs, Schutz der Umwelt und stärkere Erhöhung der Niedrigrenten.

Wenn es den Mitgliedern und Funktionären der IG Bau—Steine—Erden gelingt, auf der Basis der positiven Beschlüsse von Mainz eine aktive Gewerkschaftsarbeit zu entwickeln, dürfte die Gewerkschaft insgesamt einen wesentlichen Schritt getan haben, um von der von Leber durchgesetzten und von Sperner weitergeführten Politik der Sozialpartnerschaft mit den Unternehmern wegzukommen.

Gerd Siebert

die HBV eine kämpferische Aufgabenstellung zum Inhalt. Auf aktuell-politischem Gebiet setzten sich die Delegierten für das baldige Stattfinden einer europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, für die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der BRD und der DDR sowie für die Aufnahme beider deutschen Staaten in die UNO und ihre Organisationen" und für einen „schrittweisen Abbau der Rüstungslasten in unserem Land und allen Ländern der Welt" ein.

Vom DGB-Bundesvorstand verlangten die Delegierten, daß er sich für das baldige Stattfinden einer europäischen Gewerkschaftskonferenz, an der alle europäischen Gewerkschaften teilnehmen sollen, stark macht. Diese Konferenz, heißt es in dem Beschluß, sollte sich auch „mit Fragen der Sicherung des Friedens, der Entspannung und Abrüstung beschäftigen“.

Hervorzuheben ist ein Beschluß gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam. Wie beim Gewerkschaftstag der IG Chemie - Papier - Keramik bezeichneten die Delegierten die USA-Aggression als „Völkermord“, verlangten die sofortige Einstellung der Bombardierung und den Abzug aller US-Truppen in Indochina.

In einem Initiativantrag richtete der Gewerkschaftstag „an alle Arbeitnehmer den Appell, Zeitungen des Springer-Konzerns, insbesondere die 'Bild'-Zeitung nicht zu kaufen“. Diese Blätter wurden als „Kampforgane der Arbeitgeber und anderer reaktionärer und konservativer Kräfte“ bezeichnet. Mit weiteren Beschlüssen protestierten die Delegierten gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch das Bundesarbeitsgericht (Wortlaut siehe Seite XII), sprachen sie sich gegen den Ministerpräsidentenbeschluß in Sachen Berufsverbot aus und forderten sie das Verbot der NPD.

Zur Einschränkung „der wirtschaftlichen und politischen Macht in den Händen weniger marktbeherrschender Monopole und Konzerne“ forderte der Gewerkschaftstag unter anderem die Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung und die „Überführung marktbeherrschender und wettbewerbsgefährdender Unternehmungen in Gemeineigentum gemäß den Bestimmungen des Grundgesetzes und der Länderverfassungen“.

Eine große Rolle spielte das Verlangen der Mitgliedschaft nach mehr Demokratie. Dies wurde insbesondere bei der auf hohem Niveau geführten Satzungsdebatte deutlich. Nach längeren Auseinandersetzungen konnten sich die Delegierten mehrfach gegen den Willen des Hauptvorstandes durchsetzen. Über diese Fragen und weitere Probleme des HBV-Gewerkschaftstages werden NACHRICHTEN in der nächsten Ausgabe berichten.

W. Petschick

Bei Enka: Sieg der Solidarität

Stillegungspläne für vier Betriebe zurückgenommen Chronik einer beispielhaften Kampfaktion

Streikende Arbeiter und Angestellte des Wuppertaler Enka-Glanzstoffwerkes fallen sich am 21. September um den Hals, als die Nachricht vom vollen Erfolg ihres Kampfes um die Erhaltung der Arbeitsplätze eintrifft. Viele von ihnen haben Tränen in den Augen, ein wahrer Freudentaumel bricht aus. Was war dem vorausgegangen? Hier eine Chronik der Ereignisse:

Im Frühjahr dieses Jahres tauchen die ersten Gerüchte über Stillegungsabsichten für das zum holländischen Akzo-Enka-Konzern gehörende ehemalige Bemberg-Werk in Wuppertal auf. Unmittelbar nach der Fusion mit dem niederländischen Großkonzern wird der Betrieb auf die „Sterbeliste“ gesetzt. Angeblich sind die Verluste zu hoch. Der Betriebsrat weist nach, daß durch Abschreibungstricks 7,2 Millionen Mark Gewinn verschwunden seien. Solche Verluste hätten offenbar auf Anweisung der Konzernleitung „produziert“ werden müssen, um Stimmung für die Werkschließung zu erzeugen.

Die Arbeiter können es kaum glauben, denn noch 1971 hat Enka-Boß Dr. Vaubel zur Begründung des Zusammenschlusses erklärt: „Jetzt können die Arbeitsplätze noch besser gesichert werden.“

Aber die Angst greift um sich. Besonders die 400 älteren Arbeiter, die über 25 Jahre hier arbeiten, blicken düster in die Zukunft. Über 500 der Beschäftigten sind ehemalige Bergarbeiter, die sich — manche nach mehrmaligem Verlust ihrer Arbeitsplätze im Ruhrbergbau — umschulen ließen und in Wuppertal auf einen sicheren Arbeitsplatz hofften.

Die Gerüchte verdichteten sich immer mehr. Schließlich wird die Absicht der Chemieherrn bekannt, nicht nur das Werk in Wuppertal, sondern weitere Betriebe in Holland, der Schweiz und in Belgien mit 5500 Arbeitsplätzen stillzulegen. Die Proteste der Betroffenen mehren sich. Sie verlangen keine Sozialpläne, sondern die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Bereits im Juni kündigt der Bezirksleiter der IG Chemie-Papier-Keramik, Kretschmar, solidarische Maßnahmen an.

Am 18. September ist es dann soweit. An diesem Nachmittag besetzen in Breda (Holland) 850 Arbeiter das zum Akzo-Enka-Glanzstoffkonzern gehörende Werk. Sieriegeln den Betrieb hermetisch ab. Nur die wichtigsten Versorgungseinrichtungen werden in Gang gehalten. Vor dem Werk, das von Hunderten von Menschen umlagert ist, weisen Transparente auf den Kampf der Belegschaft hin: „Wir werden auf unsere Arbeitsplätze nicht verzichten!“

Vorstand und Delegierte des zur gleichen Zeit in Dortmund tagenden 9. Gewerkschaftstages der IG Chemie-Papier-Keramik sagen ihre volle Solidarität mit der im Kampf gegen den Machtmißbrauch des Großkapitals stehenden Belegschaft zu. Solidaritätsbeweise aus allen Teilen des Landes treffen ein.

Es ist Dienstag, der 19. September. Auch im Wuppertaler Werk streikt der größte Teil der Beschäftigten. Sie

Der Akzo-Enka-Glanzstoffkonzern

100 800 Beschäftigte.
Nettoprofit 1970
66 447 000 Dollar.

In der Liste der größten Industrieunternehmen der Welt (außer USA) an 74. Stelle.

Anteil der Chemiefaserproduktion in der EWG 23 Prozent.

verriegeln die Tore und verhindern die An- und Auslieferung von Waren. Damit folgen sie dem Beispiel ihrer holländischen Kollegen. Sie haben dem zu den größten Chemiekonzernen der Welt gehörenden Akzo-Enka-Glanzstoff-Giganten den Kampf angesagt, der aus Gründen noch höheren Profits die Produktion in das Niedriglohland Spanien verlagern will.

Vorausgegangen sind an diesem Morgen heftige Diskussionen in allen Abteilungen. Die Vertrauensleute berufen eine Belegschaftsversammlung ein. Ergebnis: Sofortiger Kampf zur Erhaltung der Arbeitsplätze. IG-Chemie-Sekretär Kretschmar stellt fest, daß die Konzerne die Strategie verfolgen, durch Rationalisierung, Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen auf Kosten der Arbeiter ihre Gewinne zu erhöhen. Unter dem Beifall der Arbeiter ruft er aus, daß die Kampfflosung jetzt laute: „Nicht Ar-

beiter entlassen — Vorstände entlassen!"

Eine 50köpfige Delegation aus Wuppertal fährt nach Breda, um mit den Arbeitern des niederländischen Schwerebetriebs Kampfformen und Kampfmethoden zu beraten und aufeinander abzustimmen. Eine erneute Belegschaftsversammlung wird für Mittwochmorgen, den 20. September einberufen. Tagesordnung: Beschluß über weitere Kampfmaßnahmen.

Noch am Dienstag lehnt die Direktion des Wuppertaler Werkes Verhandlungen mit dem gewählten Aktionsausschuß ab.

Mitwoch, 20. September: Die Besetzung der Werke in Wuppertal und Breda wird fortgesetzt. Sprecher der Belegschaft weisen die Behauptung der Unternehmer zurück, der Streik sei illegal und verstoße gegen die Friedenspflicht. Illegal sei dagegen die vom Profitdenken bestimmte Vernichtung Tausender Arbeitsplätze. Zum Zeichen des Kampfes werden schwarze Fahnen auf den Werkshallen gehißt. Die Belegschaftsversammlung nimmt mit großer Genugtuung die Erklärung ihrer Gewerkschaft entgegen, die Solidarität aller Chemiearbeiter werde dafür sorgen, daß keinem Arbeiter und Angestellten Schaden entstehet.

Für den 25. September wird eine internationale Funktionärskonferenz aller Konzernbetriebe einberufen, auf der Pläne für eine weltweite Solidaritäts- und Kampfkaktion der Chemiearbeiter erörtert werden sollen. Zugleich will man darüber entscheiden, wie den zu erwartenden Provokationen des Konzerns begegnet werden kann. In Breda wird inzwischen von der Betriebsleitung versucht, die kämpfenden Arbeiter „auszuhungern“. Dieser Plan scheitert an den Solidaritätsaktionen der Bevölkerung, die Lebensmittel, Decken und Medikamente ins Werk bringt.

Donnerstag, 21. September: Die Konzernleitung von Akzo-Enka-Glanzstoff gibt mit ausdrücklichem Hinweis auf die „heftigen Reaktionen in der Arbeitnehmerschaft“ bekannt, daß alle Stilllegungspläne für die vier Werke in Holland, der Bundesrepublik, Belgien und der Schweiz in vollem Umfang zurückgenommen worden seien.

In Dortmund, auf dem 9. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie, wird die Bekanntgabe dieses großen Erfolges internationaler Solidarität im Kampf um die Erhaltung Tausender Arbeitsplätze mit stürmischen Ovationen gefeiert: „Dieser imponierende Erfolg gewerkschaftlicher Solidarität über die nationalen Grenzen hinweg ist ein erneuter Beweis für die Notwendigkeit, den multinationalen Konzernen auch die multinationale Gegenmacht der Arbeitnehmer entgegenzusetzen“, erklärt Karl Hauenschild, Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik.

G. M.

Neue Maßstäbe gesetzt

Kampf engt Spielraum internationaler Konzerne ein Wichtige Lehren und Erfahrungen der Aktionen bei Enka

Eine neue Seite im Buch des Kampfes der Arbeiterklasse ist aufgeschlagen. Die Belegschaften der Enka-Glanzstoff-AG, Werk Breda (Holland) und Werk Wuppertal-Barmen, haben in drei Tagen aktiven Kampfes einen bedeutsamen Erfolg errungen. Der Vorstand der Akzo N.V., Muttergesellschaft von Enka-Glanzstoff, mußte seinen Strukturplan, dem fünf Betriebe mit 5500 Arbeitskräften zum Opfer fallen sollten, zurückziehen.

In der Vorstandserklärung der Konzernleitung heißt es: „Angesichts der starken Reaktionen auf den vorgelegten Strukturplan zur Bereinigung der Überkapazitäten bei Textil- und Synthesefäden, dem unter anderem eine Beendigung der Produktion in den Betrieben von Breda, Barmen und Jwi-naarde zu Grunde gelegt war, hat der Vorstand beschlossen, diesen Plan vorläufig zurückzuziehen.“

Dieser Satz ist von großer Bedeutung; denn hier wird von einem der mächtigsten multinationalen Konzerne eingestanden, daß der Kampf der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften über nationale Grenzen hinweg, einheitlich und zielgerichtet geführt, den Spielraum multinationaler Konzerne einengt und die Verwirklichung ihrer Pläne verhindern kann.

Der Kampf der Glanzstoffwerker vermittelt wichtige Erfahrungen und Lehren, die für die Arbeiterklasse Westeuropas große Bedeutung haben. Besonders ist die gemeinsame Aktion der holländischen und deutschen Glanzstoffwerker hervorzuheben. Zwar hat es schon in der Vergangenheit gemeinsame Aktionen der westeuropäischen Arbeiterklasse gegeben, die nicht gering eingeschätzt werden, aber seit dem 19. September ist eine neue Qualität erreicht worden. Der Konzernstrategie des multinationalen Akzo-Konzerns wurde durch Betriebsbesetzung und Streik internationale Aktionseinheit mit Erfolg entgegen gesetzt.

Die engen Kontakte zwischen der holländischen und unserer Gewerkschaft, der IG Chemie-Papier-Keramik, die Verbindungen auf Betriebsebene bis hin zu Betriebsräteberatungen machen die Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit deutlich, den multinationalen Konzernen die internationale Gegenmacht der Arbeiterklasse entgegenzusetzen. Von der Internationalen Föderation der Chemie- und Fabrikarbeiter (ICF) ist geplant, ein internationales Komitee der Gewerkschaften für den Akzo-Konzern zu bilden.

Enka-Glanzstoff ist jedoch kein Einzelfall in Westeuropa. Was dort geschah, ist tägliche Praxis der multinationalen Konzerne. Um wirkungsvolle internationale Gegenmachtpositionen der Arbeiterklasse zu schaffen, ist es

an der Zeit, längst überholte Tabus zu beseitigen und auch mit dem Weltgewerkschaftsbund angehörenden Gewerkschaften CGT und CGIL zusammenzuarbeiten.

Neben der internationalen Bedeutung hat der erfolgreiche Kampf auch wesentliche neue Maßstäbe für die Arbeiterklasse der BRD gesetzt. Ein halbes Jahr Verhandlungen haben die Bosse von Akzo-Enka nicht zum Nachgeben gebracht.

Drei Tage aktiver Kampf um die Sicherung der Arbeitsplätze und den Erhalt des Werkes haben eine grundsätzlich neue Lage geschaffen. Daß die IG Chemie-Papier-Keramik von Anbeginn den Kampf der Wuppertaler Glanzstoffarbeiter auch materiell unterstützte, war eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg. Wuppertal und Breda beweisen, daß nicht zur Hauptsache Verhandlungen und die Schaffung neuer Verhandlungspositionen zum Erfolg führen, sondern daß die Sicherung der Arbeitsplätze Kampf, aktiven Einsatz der Belegschaften voraussetzt. Das mußten auch die Akzo-Enka-Bosse in ihrer Vorstandserklärung eingestehen.

Jedoch der Kampf geht weiter. Darüber sind sich die Kolleginnen und Kollegen in Breda und Wuppertal im klaren. Auf der Jagd nach Maximalprofilen werden die Konzernherren ihre Pläne nicht aufgeben. Sie werden ihre Vorstellungen der neuen Lage anpassen und verstärkt ihre Politik des „Teile und Herrsche“ praktizieren, um die Einheit der Konzernbelegschaften zu untergraben.

Das kommt in der Vorstandserklärung zum Ausdruck: „Es erscheint dem Vorstand vernünftig, nach einer Abkühlungsperiode, nachdem die Ruhe wiederhergestellt ist, in einer entspannten Atmosphäre nach konstruktiven Lösungen zu suchen.“

Die Glanzstoffwerker haben ihre Stärke erkannt und sie deutlich gemacht. Ihre Erfahrungen und ihr gewachsenes Selbstbewußtsein einerseits und die lenkende und organisierende Rolle des zu schaffenden internationalen Komitees der Gewerkschaften für den Akzo-Konzern andererseits sind die Garantien für den sicheren Erfolg.

Hans Vossen

Blechen oder fliegen?

In den letzten Wochen ist in die gewerkschaftspolitische Diskussion, soweit sie sich auf Fragen der Wirtschafts- und Tarifpolitik bezieht, ein böses Schlagwort hineingetragen worden: lieber Preiserhöhung als Arbeitslosigkeit! Dem Gewerkschafter wird der Eindruck suggeriert, als bleibe kein anderer Weg — mit einem (dem „kleineren“) der beiden kapitalistischen Übel müsse man sich abfinden. Um es jedoch gleich vorwegzunehmen: Eine solche fatalistische Alternative kann es für die Gewerkschaften nicht geben.

Diese Scheinalternative wurde jedoch gerade auch auf den letzten Gewerkschaftstag vorgetragen — ob nun von Willy Brandt und Walter Arendt oder von Karl Hauenschild und Rudolf

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

Sperner. Nach dem Abgang Schillers übt sich vor allen Helmut Schmidt im Verkünden solcher Weisheiten. Aber dem IG-Chemie-Vorsitzenden Hauenschild blieb es auf dem Dortmunder Gewerkschaftstag seiner Organisation vorbehalten, diese Frage noch konkreter zuzuspitzen: 5 Prozent Preisanstieg seien besser als 5 Prozent Arbeitslosigkeit.

Solchen Behauptungen liegt die Erfahrung zugrunde, daß Preisanstieg im wesentlichen die Folge kapitalistischen Profitstrebens ist, sei es durch rücksichtsloses Preisdiktat der Monopole selbst in Flautezeiten oder durch hemmungsloses Ausnutzen von Konjunktursituationen ohne Bezogenheit zu den tatsächlichen Selbstkosten.

Würde den Kapitalisten jedoch mit staatlichen Dämpfungsmaßnahmen die Lust genommen, die Taschen der Lohnabhängigen zu plündern, so reagieren sie in der Regel mit Kürzung oder Einstellung der Inlandinvestitionen. Das wiederum würde zur Beseitigung von Arbeitsplätzen führen. So etwa — grob gesagt — funktioniert in dieser Frage der kapitalistische Wirtschaftsmechanismus.

Jene Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre, die nun die Hände in den Schoß legen und meinen: „Lieber mehr zahlen als arbeitslos“, verken- nen fundamentale Dinge:

Erstens ist es im Kapitalismus möglich und nötig, durch Mitbestimmungs- und Kontrollmaßnahmen der Gewerkschaften im gesamtwirtschaftlichen Bereich Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen. Man muß es nur ernsthaft wollen.

Zweitens ist es für Gewerkschafter keine Diskussions- und Verhaltensbasis zu sagen: Wenn wir uns durch Preissteigerungen nicht um das Ergebnis unseres Lohnkampfes bringen lassen, schmeißt uns der Unternehmer auf die Straße. Da muß schließlich erst noch entschieden werden, wen wir auf die Straße setzt. Hätten die früheren Generationen der Menschheit sich Unrecht und Machtmißbrauch gebeugt, wären die römischen Sklaven und die Leibeigenen des 17. und 18. Jahrhunderts nie frei geworden.

Und drittens ist eine Ordnung absurd — und die Wirklichkeit ist noch so —, in der zwar falsches Parken eines Autos bestraft wird, auch wenn es niemanden und nichts gefährdet, die aber andererseits gestattet — und diesen Zustand mit Staatsgewalt verteidigt —, daß wirtschaftliche Macht von wenigen egoistisch und auf Kosten der Existenz von Millionen mißbraucht wird.

Für die Gewerkschaften darf die Scheinalternative „blechen oder fliegen“ keine Basis ernsthafter Überlegungen sein. Die Interessen der Mitglieder und der übrigen abhängig Beschäftigten verlangen ein Höchstmaß an Preisstabilität und Arbeitsplatzsicherheit. Grundsatzprogramm und Aktionsprogramm des DGB bieten für die Realisierung dieser Ziele ein ausreichendes Konzept. Es muß gegen den Widerstand der Unternehmer und ihrer Vertreter in den politischen Parteien durchgesetzt werden.

Die Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum muß bei dem Kampf um stabile Preise und sichere Arbeitsplätze, entsprechend den gewerkschaftlichen Programmen und Beschlüssen, künftig stärker in die Überlegungen und Aktionen einbezogen werden. Das gilt insbesondere auch für das Durchbrechen der teuflischen Scheinalternative: lieber Preissteigerungen als Arbeitslosigkeit. Richtig ist: Weder das eine noch das andere wird hingenommen! G.S.

Ausgehöhlt

Entgegen der Bestimmung des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG), wonach der im Betrieb vertretenen Gewerkschaft zur Wahrnehmung der im Gesetz genannten Aufgaben „nach Unterrichtung des Arbeitgebers oder seines Vertreters Zugang zum Betrieb zu gewähren“ ist, hat das hessische Landesarbeitsgericht in Frankfurt am 11. September dieses Recht in einem Urteil in Abrede gestellt. Die betroffene Gewerkschaft, die IG Chemie-Papier-Keramik, will das Urteil beim Bundesarbeitsgericht anfechten.

Unmittelbar nach Inkrafttreten des neuen BetrVG hatte ein Beauftragter der IG Chemie in einem Zweigwerk von Du Pont in Neu Isenburg Zugang zu einer Betriebsabteilung verlangt, um mit den dort beschäftigten Arbeitern Tariffragen zu besprechen. Die Geschäftsführung lehnte den Zutritt des Gewerkschafters mit der Begründung ab, dies gehöre nicht zu den gewerkschaftlichen Aufgaben. Erst schloß sich das Arbeitsgericht Hanau diesem Standpunkt an, jetzt auch das Landesarbeitsgericht.

Jedem Gewerkschafter ist es indessen klar, daß Tariffragen zu den vordringlichen Aufgaben der Gewerkschaften gehören und sowohl außerhalb als auch innerhalb des Betriebes am Arbeitsplatz — behandelt werden müssen. Nur so kann der einseitige Positionsvorteil der Unternehmer für die Arbeiter und Angestellten gemindert werden. Das Bekräftigen des Unternehmerstandpunktes durch die Arbeitsgerichte unterstreicht einmal mehr den Klassencharakter der Justiz und die Tatsache, daß selbst formulierte Rechte der Gewerkschaften in der kapitalistischen Klassengesellschaft sich nicht von selbst realisieren, sondern im Kampf gegen die Unternehmer durchgesetzt werden müssen.

Der Angriff der Unternehmer und der Justiz auf das Zugangsrecht der Gewerkschaften zum Betrieb ist nicht zufällig; handelt es sich doch bei dieser in § 2 Abs. 2 BetrVG fixierten Regelung um eine Frage, die vom DGB als eine Grundsatzfrage angesehen wird.

Erinnern wir uns: Der DGB hatte seine ablehnende Haltung zum BetrVG erst dann in Zustimmung — mit den bekannten Vorbehalten — umgewandelt, nachdem aus der ursprünglichen Formulierung im Regierungsentwurf: „Zugang zum Betrieb... im Benehmen mit dem Arbeitgeber“ das Recht auf Zugang „nach Unterrichtung des Arbeitgebers“ und damit ein eigenes Zugangsrecht geworden war. Dieses Recht auf ungehinderten Zugang zum Betrieb sollte mit allen gewerkschaftlichen Mitteln verteidigt und durchgesetzt werden. Sb.

Vor IGM-Vertrauensleutewahl

Vertrauensleute – Träger der Gewerkschaftsarbeit Anerkennung in der Satzung nicht hinauschieben

Im Bereich der IG Metall beginnt die Vorbereitung der Vertrauensleutewahlen in den Betrieben, die im ersten Quartal 1973 durchgeführt werden. Die Wahl der Vertrauensleute in einer so großen Gewerkschaft wie der IG Metall, in der mehr als ein Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder organisiert ist, ist für die Gewerkschaftsbewegung von großer Bedeutung. Ihr ist deshalb vom organisationalpolitischen Standpunkt keine geringere Bedeutung beizumessen als den Betriebsratswahlen.

Alle gewerkschaftlichen Erfolge sind Ausdruck der Stärke der Organisation. Diese wird wiederum wesentlich davon bestimmt, wie die Mitglieder in den Betrieben bereit sind, durch aktives Handeln die gewerkschaftlichen Forderungen durchzusetzen. Die Aktivität der Mitglieder ist um so größer, je besser sie von der Richtigkeit der politischen Zielsetzung der Gewerkschaft überzeugt sind. Deshalb gilt es immer wieder zu betonen, daß es sich bei den Vertrauensleutewahlen nicht um einen formellen organisatorischen Akt handelt, sondern um eine bedeutende politische Aktion.

In der IG Metall wurden in der Vergangenheit bedeutsame Beschlüsse gefaßt, die die allseitige Stärkung der Vertrauensleutearbeit zum Ziel haben. In der Botschließung V des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages im Herbst 1971 wird festgestellt, daß die Vertrauensleute, zu denen auch die gewerkschaftlich organisierten Betriebsratsmitglieder gehören, die aktiven Träger der Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben sind.

Sowohl die Richtlinien für die Vertrauensleutearbeit als auch die Schriftenreihe der IG Metall Nr. 41, ebenso das Handbuch für Vertrauensleute, können bei der Vorbereitung der Wahlen Hilfe und Anregungen geben. Die großen Aufgaben, die vor den Gewerkschaften stehen, erfordern es, daß nur diejenigen Vertrauensleute werden sollten, die in der Vergangenheit durch ihren Einsatz und ihr persönliches Vorbild das Vertrauen ihrer Kollegen erwarben.

In Übereinstimmung mit den Richtlinien für die Vertrauensleutearbeit ist es wichtig, daß die Vertrauensleute in den Betrieben auch tatsächlich gewählt werden. Die Vertrauensbasis ihrer Kollegen verleiht ihnen die notwendige Autorität, die erforderlich ist, um in der harten Wirklichkeit der kapitalistischen Verhältnisse in den Betrieben die Interessen ihrer Kollegen wirksam wahrnehmen zu können. Der Hinweis auf die anzustrebende Wahl der Vertrauensleute ergibt sich aus der Tatsache, daß nach wie vor ein beträchtlicher Teil der Vertrauensleute der IG Metall nicht gewählt, sondern von den IG-Metall-Mitgliedern des Betriebsrates benannt oder von der Ortsverwaltung berufen wird.

Obwohl es der IG Metall von 1960 bis 1970 gelungen ist, die Zahl der Betriebe, in denen Vertrauensleute existieren, und auch die Zahl der Vertrauensleute fast zu verdoppeln, ist nicht zu übersehen, daß insbesondere unter der Jugend, den Frauen, den Angestellten und nicht zuletzt unter den ausländischen Kollegen noch große Potenzen vorhanden sind, die zur allseitigen Stärkung der Gewerkschaft mobilisiert werden können.

Die Gewerkschaftsmitglieder haben in der Zeit der Wahlvorbereitung die Möglichkeit, gründlich zu überprüfen, wie die gewerkschaftliche Position in den Betrieben und in den einzelnen Wirkungsbereichen beschaffen ist. Davon ausgehend könnten Arbeitsprogramme aufgestellt werden, die durchaus als Wahlplattformen nützlich sind.

In jedem Wirkungsbereich, der nach den jeweiligen betrieblichen Gegebenheiten existiert, soll ein Vertrauensmann gewählt werden. Bestimmend für die Größe des Wirkungsbereiches ist nicht die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, sondern die Zahl der Beschäftigten. Nach den Vorstellungen der IG Metall sollen fünf Beschäftigte als untere und 20 Beschäftigte als oberste Grenze gelten. Daraus geht schon hervor, welche Anstrengungen erforderlich sind, um die notwendige Zahl qualifizierter Gewerkschaftsfunktionäre für die Funktion eines Vertrauensmannes zu gewinnen.

725 Hasper Hüttenarbeiter noch ohne Arbeit

Wie das Hagener Arbeitsamt auf Anfrage mitteilte, sind noch immer 725 Hüttenarbeiter der stillgelegten Hasper Hütte als arbeitslos registriert. Da es sich zum größten Teil um ältere Arbeiter handelt, ist die Vermittlung in andere Arbeitsplätze äußerst schwierig. Arbeitssuchende Hüttenwerker berichten, daß die Unternehmer bei Stellenangeboten erhebliche Lohndrückereien vornehmen. Facharbeitern bietet man Löhne an, die bis zu 50 Prozent unter dem bisherigen Verdienst liegen,

Sehr bedeutsam für eine wirkungsvolle Gewerkschaftsarbeit ist, daß in allen Betrieben, in denen Vertrauensleute gewählt, auch Vertrauensleutkörper mit entsprechenden Leitungen gebildet werden.

Zweifellos wird man sich in der Vorbereitung der Vertrauensleutewahlen 1973 mit der Haltung des IG-Metall-Vorstandes zur Verankerung der Vertrauensleute in der Satzung auseinandersetzen haben. Angesichts der in der IG Chemie-Papier-Keramik schon seit einiger Zeit bestehenden satzungsmäßigen Anerkennung der Vertrauensleute und angesichts des Drängens der Mitgliedschaft in dieser Richtung, kann die beharrliche Weigerung des Vorstandes nur so gedeutet werden, daß er die Aktivität einer selbstbewußten gewerkschaftlichen Basis fürchtet.

In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß in den „Richtlinien zur Bildung von Tarifkommissionen im Geltungsbereich der Tarifverträge“ das Bestreben deutlich wird, die Befugnisse über die wichtigsten Entscheidungen in der Tarifpolitik im hauptamtlichen Bereich zu belassen. Eine betriebsnahe Tarifpolitik, die sich auf aktive Vertrauensleutkörper stützt, und in der die Vertrauensleute die entscheidenden Träger sind, paßt nicht in dieses Konzept.

Auf dem 9. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik setzten die Delegierten gegen den Widerstand des Hauptvorstandes durch, in die Satzung aufzunehmen, daß die Tarifkommissionsmitglieder in den Vertrauensleuterversammlungen gewählt werden.

Von der Qualität der Arbeit der Vertrauensleute wird es wesentlich abhängen, wie den negativen Bestrebungen entgegengewirkt und die Tarifpolitik der nächsten Jahre ausgearbeitet wird, ebenso wie die gesetzlichen Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes im Interesse der Arbeiter und Angestellten besser genutzt werden. Von einer qualifizierten Vertrauensleutearbeit wird maßgeblich die organisatorische und politische Stärke der Gewerkschaften bestimmt.

Für die Bewußtseinsbildung übt die von den Vertrauensleuten getragene betriebsnahe Bildungsarbeit eine wichtige Funktion aus. Betriebsnah muß allerdings so aufgefaßt werden, daß sie organisatorisch eng mit dem Betrieb verbunden ist, nicht aber, daß etwa nur betriebsbezogene Themen behandelt werden. Vielmehr muß diese betriebsnahe Bildungspolitik, ausgehend von den betrieblichen Konflikten, die gesellschaftlichen Verhältnisse und Widersprüche bewußt machen. In diesem Sinne kann sie entscheidend dazu beitragen, das Klassenbewußtsein zu entwickeln und die Voraussetzungen solidarischen Handelns zu schaffen.

Ursula Schäfer

Viel Rüstung - wenig Reformen

Auch in Zukunft unsoziale Finanzpolitik beabsichtigt Zum Entwurf des Bundeshaushaltes für 1973

Ob eine Regierung arbeiterfreundlich oder mehr den Konzerninteressen dienlich ist, läßt sich weniger an Worten als an Zahlen nachweisen. Der Entwurf für den Bundeshaushalt 1973 — das nunmehr vierte „Regierungsprogramm in Zahlen“ der SPD/FDP-Koalition — unterscheidet sich in Nuancen, aber nicht prinzipiell von der Finanzpolitik der früheren Regierungen der CDU/CSU. Bereits als die jetzige Regierung kurz nach ihrem Amtsantritt ihren ersten Haushaltsentwurf für 1970 präsentierte, bestanden die unsozialen Finanzschwerpunkte weiter. Es hieß damals, von heute auf morgen lasse sich eine sozialere Haushaltspolitik nicht durchsetzen. Die Zahlen für 1973 und die Mittelfristige Finanzplanung bis 1976 beweisen jedoch, daß die Interessen der Monopole weiterhin dominieren sollen.

Schon die Einnahmeseite des Bundeshaushaltes zeigt, daß das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes nicht erfüllt, sondern dauernd mißachtet wird. Nach diesem sollen die Lasten der Staatspolitik etwa gleichmäßig auf alle Sozialgruppen verteilt werden. In der Zeit der von der CDU/CSU geführten Regierungen stieg die Steuerlast (1950 = 100) der Lohnempfänger auf 1061, für die höheren Einkommen nur auf 588, bei den Körperschaften auf 400, bei den Vermögenden auf 463, beim Umsatz gar nur auf 368. Also eine rasante Vermögensumschichtung zu Lasten der Arbeiterschaft.

Von 1964 bis 1971 stieg der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen von 17 auf 25 Prozent, während Einkommen- und Körperschaftssteuer von 15 auf 11 bzw. von 8 auf 5 Prozent sanken. Der Anteil der Umsatzsteuer blieb annähernd gleich. Wenn die gegenwärtige Regierung unter diesen Voraussetzungen für 1973 eine „Einnahmeverbesserung“ von ca. 2 Mrd. DM durch Steuererhöhung — angeblich für die Reformfinanzierung — plant, so bedeutet das eine weitere Verschlechterung für die Arbeiter. Der höhere Steueranteil der Unternehmer wird bekanntlich über steigende Preise auf die Endverbraucher abgewälzt. (Nach dem Steuerkonzept des außerordentlichen Parteitag der SPD von 1971 soll das Steueraufkommen bis 1974 um 9,4 Mrd. DM erhöht werden.

Diese Steuerpolitik zu Lasten der Arbeiter wird betrieben, obwohl der Bundesjustizminister und das Bundeskriminalamt im Juli 1972 feststellen mußten, daß dem Staat durch die Wirtschaftskriminalität der Betriebe pro Jahr etwa 20 Mrd. DM vorenthalten werden. Das ist das Zehnfache der geplanten Steuererhöhungen. Anstatt die dem Staat zustehenden Konzern-Steuern einzutreiben, werden neue Steuern zu Lasten der Arbeiter erhoben.

Wie steht es mit der Ausgabenseite des Bundeshaushaltes für 1973? Mit 27,3 Mrd. DM (Einzelpläne 14, 35 und

36) ist der Rüstungsetat mit Abstand der größte Etatposten, als ob wir uns in den finsternen Zeiten des kalten Krieges befänden. Das sind 23 Prozent des gesamten Etatvolumens. Rechnet man jedoch die Ausgaben für NATO-Beitrag, Phantom-Teilprogramm, Wehrbeauftragter, Berlin-Hilfe dazu, die der NATO gegenüber und im Weißbuch der Bundeswehr als „Verteidigungslasten“ gezählt werden, so erreicht man bereits 33 Prozent! Die neuesten Vergleichszahlen: Belgien wendet für den gleichen Zweck 9,3 Prozent auf, Frankreich 16,9, Italien 10,5, Japan 9,5, das neutrale Österreich nur 4,9, Großbritannien 19,8 und die kriegführenden USA 45,4 Prozent.

Trotz Entspannung in Europa, trotz Galtvertragsverträge und aller Bonner Friedensbekundungen unterhält die BRD den größten Militärapparat der NATO in Europa, gibt prozentual und absolut die größten Summen für den militärischen Größenwahn aus. Wem nützt eine überdimensionale Militärmaschinerie? Nur den Rüstungskonzernen und den kalten Kriegern wie Strauß und Barzel! Wem schadet sie? Erfahrungsgemäß der Arbeiterschaft und allen, die unsere Gesellschaft reformieren wollen.

Die als „Devisenausgleich“ getarnten Stationierungskosten sind in den genannten Zahlen nicht enthalten. Sie werden weiterhin rechtswidrig aus den Devisenreserven der Deutschen Bundesbank bezahlt. Ferner sind nicht einbezogen die 10 Mrd. DM für die Kriegssopfer, die sachwidrig im Sozialetat untergebracht sind und die Offizierspensionen. Noch weitere 10 Mrd. DM Kriegsfolgelasten sind zu erwähnen. Rechnet man Rüstungskosten und Kriegsfolgelasten zusammen, so erhält man mit 58 Mrd. DM 45 Prozent des mit 120,4 Mrd. DM veranschlagten Bundeshaushalts 1973. Ein „Haushalt der Wahrheit und der Klarheit“, wie ihn die SPD als Opposition forderte und jetzt als Regierungspartei nicht bietet, müßte unfrisiert alle Militär- und Kriegsfolgelasten aus-

weisen, damit das Volk schwarz auf weiß sehen kann, was der Expansionsdrang kostet.

Mit der Reformfinanzierung steht es dagegen schlecht. Die Etatansätze bleiben weit hinter den Versprechungen zurück und stehen in einem krassen Mißverhältnis zu den aufwendigen Rüstungslasten. Nach den im Weißbuch der Bundeswehr genannten Zahlen werden 1972 pro Soldat und Offizier ca. 65 000 Mark ausgegeben; für jeden Schüler, Studenten und Lehrer aller Schulen jedoch nur knapp 3000 DM. Vom versprochenen Vorrang für die Bildung kann also keine Rede sein. Für 1973 ändern sich die Relationen nicht.

Nur 5,6 Mrd. DM will der Bund 1973 für Bildung und Wissenschaft ausgeben, nur 4,9 Mrd. DM für Jugend, Familie und Gesundheit, gar nur 2,8 Mrd. DM für Städtebau und Wohnungswesen. Dabei könnten diese Etatitel mehr als verdoppelt werden, wenn der parasitäre Rüstungshaushalt durch direkte Verhandlungen mit der DDR, CSSR und Volksrepublik Polen und im Vorgriff auf ein kollektives Abrüstungsprogramm in Europa schrittweise reduziert würde und wenn man der Wirtschaftskriminalität energisch zu Leibe rückte. Für den Verkehr will der Bund 1973 16,4 Mrd. DM und für Soziales (einschl. Kriegsopfer und einige andere Kriegsfolgekosten) 22,7 Mrd. DM ausgeben.

Der Vorrang der Rüstung und des Militärs vor allen anderen staatlichen Aufgaben, insbesondere vor dem versprochenen Reformschwerpunkt, ist angesichts dieser unzweideutigen Finanzplanung klar erkennbar. Die BRD ist immer noch der Militärstaat, zu dem sie während des kalten Krieges von der CDU/CSU im Widerspruch zu allen Erfahrungen in den letzten sieben Jahren und im Gegensatz zum Auftrag des Grundgesetzes gemacht wurde.

Brandt kann — nach seiner eventuellen Wiederwahl — kein Kanzler der inneren Reformen werden, wenn die finanzpolitischen Schwerpunkte nicht auf Kosten der Rüstung und der Monopole und zu Gunsten von umfassenden Sozialinvestitionen geändert werden. Das aber ist eine politische Kampfaufgabe, die nur durch die Mobilisierung der gesellschaftlichen Basis zu erfüllen ist.

Mehr denn je stehen in den nächsten Wochen und Monaten Gewerkschaften und progressive Intelligenz vor der Aufgabe, die Bevölkerung über die tatsächliche Finanzlage aufzuklären und Wege aufzuzeigen, wie eine soziale Haushaltspolitik durchzusetzen ist. Mit der Hoffnung auf die Wiederwahl der gegenwärtigen Regierung ist nichts erreicht. Nur durch demokratische Selbsttätigkeit und zielgerichtete antimonopolistische Aktivität sind Schritte nach vorn möglich.

Lorenz Knorr

Rentendemagogie zur Wahl

CDU/CSU verschlechterte die soziale Komponente Teilverbesserungen sind noch keine Rentenreform

Das im Zeichen des Wahlkampfes stehende parlamentarische Tauziehen um die Rentengesetze ist beendet (s. „Wahlgeschenke für Rentner“, Nachrichten 8/72). Die CDU/CSU hat im Bundestag mit einer Stimme Mehrheit kompromißlos ihre Konzeption durchgesetzt. Die wesentlichen Ergebnisse sind:

1. Die 15. Anpassung der Renten um 9,5 Prozent wurde auf den 1. Juli dieses Jahres vorgezogen.

Nach dem Gesetzentwurf der SPD/FDP-Koalition sollte die Rentenanpassung, wie bisher üblich, zum 1. Januar erfolgen. Durch das Vorziehen der Rentenanpassung um ein halbes Jahr wird die seinerzeit zum 1. Januar 1958 fällig gewesene Rentenanpassung, die damals von der CDU/CSU-Bundesregierung nicht durchgeführt wurde, nur zum Teil ausgeglichen. Die Renten lägen heute um 12 Prozent höher, wenn die Anpassung 1958 erfolgt wäre. Durch die Schuld der CDU/CSU aber ist das Renteneinkommen in den Jahren nach 1958 geschmälert worden.

Der von der SPD/FDP-Koalition vorgesehene einheitliche Sockelbetrag für alle Versicherten — und Witwenrenten ab 1. Juli dieses Jahres in Höhe von 20 DM ist durch die CDU/CSU-Bundestagsmehrheit gestrichen worden. Mit diesem einheitlichen Sockelbetrag wäre jedoch eine soziale Komponente in unser durch die CDU/CSU 1950 individualisiertes Rentenrecht zugunsten aller Bezieher kleiner Renten hineingekommen.

Etwa die Hälfte der Rentenbezieher, (d. h. Renten unter 300 DM), wird bei der jetzigen Regelung — Vorziehen der Rentenanpassung, Wegfall des Sockelbetrages von 20 DM — bis zum 30. Juni nächsten Jahres weniger erhalten, als wenn es bei dem Sockelbetrag ab 1. Juli dieses Jahres und der Rentenanpassung ab 1. Januar nächsten Jahres geblieben wäre. Die Anpassung der Kriegsopferrenten, die seit 1970 mit den Sozialrenten gleichgeschaltet ist, wird nicht vorgezogen, sondern erfolgt erst zum 1. Januar nächsten Jahres.

2. Die Berechnung der Rente nach dem Mindesteinkommen.

Bei der Berechnung der Renten nach Mindesteinkommen handelt es sich nicht um eine allgemeine Mindestrente, wie sie bis zu der 1957 von der CDU/CSU durchgeführten Rentenreform im alten Rentenrecht, wenn auch nur in unzureichendem Maße, gewährleistet war. Nur wenn mindestens 25 Jahre Pflichtbeitrags- und Ersatzzeiten erfüllt sind, soll die Berechnung der Rente so erfolgen, als habe der Versicherte während seiner Tätigkeit mindestens 75 Prozent des

Durchschnittsverdienstes aller Versicherten erzielt. Der größte Teil der Bezieher kleiner Renten wird durch diese Regelung keine Verbesserung seines Einkommens erfahren, weil hier in der Regel 25 Jahre Beitragsleistung nicht erreicht sind. Außerdem gilt diese Regelung nur für Rentenfälle bis einschließlich 1972 und nicht für die künftigen.

Nach dem Gesetzentwurf der SPD/FDP-Regierung sollte die Rentenberechnung nach Mindesteinkommen zwar erst ab 35. Versicherungsjahr und unter Zugrundelegung von mindestens 70 Prozent des Durchschnittsverdienstes erfolgen, dafür aber auch für alle künftigen Rentenfälle. Der Unterschied zwischen den beiden Konzeptionen, was die Zahl der für die Berechnung erforderlichen Jahre (25 oder 35) betrifft, ist in der Praxis im Einzelfall weit geringer als 10 Jahre. Jetzt zählen aber dafür nur Pflichtbeitrags- und Ersatzzeiten, während nach dem Gesetzentwurf der SPD/FDP alle anrechnungsfähigen Versicherungsjahre — also auch Zeiten freiwilliger Versicherung, Ausfall- und Zurechnungszeiten — berücksichtigt werden sollten.

3. Die flexible Altersgrenze ermöglicht Arbeitern und Angestellten, ab Vollendung des 63. Lebensjahres ihr Altersruhegeld zu beziehen. Schwerbeschädigte können ihr Altersruhegeld ab 62. Lebensjahr beantragen.

Voraussetzung für dieses vorzeitige Altersruhegeld ist jedoch, daß mindestens 35 Versicherungsjahre erfüllt worden sind. Neben dem vorgezogenen Altersruhegeld kann weiter gearbeitet und ohne Beschränkung verdient werden. Der Gesetzentwurf der SPD/FDP hatte hier eine Höchstgrenze für den Verdienst vorgesehen. Ebenfalls im Unterschied zum Regierungsentwurf ist jetzt ein finanzieller Anreiz dafür geschaffen worden, das Altersruhegeld erst später in Anspruch zu nehmen, denn wer sein Altersruhegeld erst nach Vollendung des 63. Lebensjahres beantragt, erhält, längstens bis zur Vollendung des 67. Lebensjahres, einen Zuschlag von monatlich 0,4 = jährlich 4,8 Prozent zu seiner Rente zusätzlich zu der jährlichen Steigerung von 1,5 Prozent, die sich aus der weiteren Beitragszahlung ergibt.

Mit dieser Entscheidung für den Vorschlag der CDU/CSU ist die Absicht unterlaufen, mit der flexiblen Altersgrenze den ersten Schritt für die von den Gewerkschaften geforderte Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre zu tun. Praktisch bedeutet die jetzige Regelung eine Verschiebung der Altersgrenze von 65 auf 67 Jahre.

4. Hausfrauen und Selbständige können sich ohne Vorversicherungszeit in der gesetzlichen Rentenversicherung selbst versichern.

Damit erhalten die Hausfrauen das Recht auf Selbstversicherung zurück, das ihnen 1957 durch die Rentenreform der CDU/CSU genommen wurde, allerdings unter wesentlich schlechteren Bedingungen. Die Öffnung der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten für die sogenannten Selbständigen hat der DGB mit Recht aus Gründen, die schon in den NACHRICHTEN wiederholt dargelegt worden sind, abgelehnt.

5. Das auf Antrag der CDU/CSU vom Bundestag beschlossene Rentenniveaueicherungsgesetz legt fest, daß künftig das Altersruhegeld nach 40 Versicherungsjahren 50 Prozent des Durchschnittseinkommens der aktiven Arbeitnehmer betragen soll.

Dieser Richtwert kann jedoch noch um 5 Prozent überschritten werden, so daß dann bei 40 Versicherungsjahren nur 45 Prozent des Durchschnittseinkommens der aktiven Arbeiter und Angestellten herauskommen. Gelten soll diese Festlegung erst ab 1974. Da bis dahin infolge der Auswirkungen der von den Gewerkschaften 1970 und 1971 durchgesetzten Steigerungen der Arbeitsverdienste ohnehin mit einer Verbesserung des Verhältnisses Rente—Verdienst gerechnet werden kann, hat das Rentenniveaueicherungsgesetz offensichtlich mehr wahlpropagandistischen als realen Wert.

Das in dem Gesetzentwurf der SPD/FDP-Regierung vorgesehene Babyjahr für die Berechnung der Frauenrenten hat die CDU/CSU zu Fall gebracht. Das „Renten-Splitting“ (Teilung der Rentenanwartschaften bei Ehescheidungen) ist bis zur Reform des Ehescheidungsrechtes vertagt worden.

Die CDU/CSU wird nun im Wahlkampf durch die Lande ziehen und die Verbesserung des Rentenrechtes als ihr Verdienst preisen. Dazu ist eindeutig festzustellen, daß die CDU/CSU in den fast 13 Jahren ihrer Regierungsverantwortung nach der Anfang 1957 durchgeführten Rentenreform, nicht eine einzige wesentliche Verbesserung im Rentenrecht vorgenommen oder geplant hat. Im Gegenteil: Sie hat wesentliche Verschlechterungen — Aussetzung der Rentenanpassung 1958, Krankenversicherungsbeitrag für Rentner, rigorose Kürzung der Erstattungen und Zuschüsse des Bundes an die

Höhere Renten in der DDR

Soziale Sicherheit für Rentner durch Stabilität Niedrige Preise, Mieten und gesichertes Wohnrecht

Zum 1. September sind in der DDR umfangreiche Verbesserungen der Renten und der Sozialfürsorgebillen in Kraft getreten. Diese Verbesserungen wurden auf Grund des gemeinsamen Beschlusses des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR durchgeführt (siehe „DDR: Mehr soziale Sicherung“, NA Nr. 5/72).

3,4 Millionen Rentner erhalten in der DDR höhere Renten. Die vor dem 1. Juli 1968 festgesetzten Alters- und Invalidenrenten sind entweder nach dem neuen Rentenrecht umgerechnet, oder — wenn das günstiger ist — um 10 bis 30 Prozent heraufgesetzt worden. Die Mindestrenten wurden erhöht, und zwar die Versichertenrenten um 40 bis 70 Mark auf 200 Mark bei weniger als 15 Versicherungsjahren, und bis zu 240 Mark bei 45 und mehr Versicherungsjahren. Für Witwen stiegen die Renten um 40 Mark auf 200 Mark und für Voll- bzw. Halbwaisenrenten um 60 bzw. 35 Mark auf 150 bzw. 100 Mark. Der Ehegattenzuschlag wurde von 45 auf 75 Mark angehoben. Ein verheirateter Rentner, dessen Frau keinen eigenen Renten-

anspruch hat, erhält jetzt mindestens 275 bis 315 Mark Rente.

Auch die Unfall-, Bergmanns- und Kriegsbeschädigtenrenten, die freiwillige Zusatzrentenversicherung, die Sozialfürsorgeunterstützung und die Mietbeihilfen, sind ab Beginn des 1. September verbessert worden. Allerdings wurde auch der Verpflegungssatz in den staatlichen Feierabend- und Pflegeheimen um 0,50 Mark pro Tag heraufgesetzt, zugleich aber festgelegt, daß das Taschengeld für deren Bewohner mindestens 60 Mark monatlich betragen muß.

Die Mindestrenten in der DDR wurden auf 200 bis 240 Mark festgesetzt. In der Bundesrepublik beträgt die durchschnittliche Höhe der nach dem seit 1957 geltenden Rentenrecht berechneten Erwerbsunfähigkeitsrenten der Rentenversicherung der Arbeiter bei 10 bis unter 15 Versicherungsjahren nur 175,60 DM. Von den rund 6 Millionen Versichertenrenten der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten liegen 30 Prozent — das sind 1,6 Millionen — unter 200 DM, und fast 20 Prozent der 3,1 Millionen Witwenrenten, das sind rund 600 000, erreichen nicht einmal den Betrag von 180 DM.

Nur 4,2 Prozent der 6 Millionen Versicherten der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung erhalten 1000 DM und mehr. Die Rentner der DDR haben gegenüber den Rentnern der Bundesrepublik einen nicht hoch genug zu veranschlagenden Vorteil, nämlich stabile Lebenshaltungskosten und sicheres Wohnrecht. In der DDR gibt es weder eine schleichende noch galoppierende Inflation.

Die Preise für Grundnahrungsmittel, für Feuerung, öffentliche Verkehrsmittel und Dienstleistungen sind seit den 40er Jahren nicht — wie in der Bundesrepublik — von Jahr zu Jahr erhöht worden. Die Mieten für Neubauwohnungen betragen in den DDR-Bezirken 0,80 bis 0,90 Mark, in Berlin 1,00 bis 1,25 Mark pro Quadratmeter. Kein Rentner in der DDR braucht Angst zu haben, daß der Vermieter ihm plötzlich die Wohnung kündigt. Auch die Betreuung durch den Betrieb, in dem der Rentner gearbeitet hat, durch die Volkssolidarität und andere gesellschaftliche Organisa-

tionen, vermittelt soziale Sicherheit, für die die Rente ein wichtiger Teil ist.

Für die Rentner in der DDR sind damit noch nicht alle Wünsche erfüllt. Sie haben aber die Gewißheit, daß die Produktion der DDR planmäßig weiterentwickelt wird und die Fortschritte in der Produktivität werden auch in der Zukunft nicht, wie in der Bundesrepublik, in erster Linie einer Minderheit reicher Kapital- und Grundbesitzer, sondern allein den arbeitenden Menschen und Rentnern zugutekommen. A. B.

Neues Statut der polnischen Gewerkschaften

Während der Vorbereitungen auf den 7. Gewerkschaftskongreß, der im November dieses Jahres stattfinden wird, diskutiert man gegenwärtig in Polen auch Vorschläge zur Veränderung des Statuts der Gewerkschaften. Zu den wichtigsten Veränderungen, die beabsichtigt sind, gehört die Festigung der Positionen der betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen, besonders in Großbetrieben. In Kombinatn zum Beispiel sollen künftig Gewerkschaftsräte berufen werden, die mit größeren Rechten ausgestattet werden, als die Betriebsräte sie besitzen. Damit soll die Rolle der Arbeiterklasse in den Großbetrieben besonders unterstrichen werden.

Andere Vorschläge für das Statut bezwecken die genauere Festlegung der Rolle und Aufgaben der örtlichen Gewerkschaftsinstanzen als Interessenvertreter der Arbeiter am Arbeits- und Wohnort sowie als Partner der Nationalräte. Der neue Statutenentwurf bestimmt auch präziser als bisher das Verhältnis der Gewerkschaftsleitungen zu den Arbeiterselbstverwaltungen und legt überdies die Grundsätze für die Tätigkeit der polnischen Gewerkschaften auf internationaler Ebene fest.

Stolze Bilanz im Balkanland Bulgarien

Bulgarien, das unlängst den 28. Jahrestag der sozialistischen Revolution beging, konnte aus diesem Anlaß eine eindrucksvolle Bilanz ziehen. Im Vergleich zum Jahre 1939 wurde die Industrieproduktion auf das 40fache erhöht, und gegenwärtig werden 51 Prozent des Nationaleinkommens in der Industrie erzeugt. Das wachsende Nationaleinkommen erlaubte in den letzten Jahren bemerkenswerte Anhebungen der Durchschnittsverdienste, der Renten, Stipendien und anderer staatlicher Ausgaben.

Rentenversicherung, u. a. — zu verantworten. Wie wenig auch jetzt die wahlaktische Rentnerdemagogie der CDU/CSU von sozialen Gesichtspunkten bestimmt ist, zeigt ihre Ablehnung des Baby-Jahres für Frauenrenten und des einheitlichen Sockelbetrages.

Die vom Bundestag beschlossenen Leistungsverbesserungen der Rentenversicherung werden mit Ausnahme der für die knappschäftliche Rentenversicherung anfallenden Mehraufwendungen voll zu Lasten der Arbeiter und Angestellten finanziert. Die Beiträge werden ab 1. Januar nächsten Jahres erneut von 17 auf 18 Prozent erhöht, die Zahlungen der Bundesregierung an die Rentenversicherung dagegen nicht. Damit wird der Anteil der Bundeszahlungen an der Rentenfinanzierung weiter stark zurückgehen.

Die jetzt erfolgten Teilverbesserungen der Rentenversicherung sind keine zweite „Rentenreform“. Das 1957 von der CDU/CSU geschaffene Rentenrecht bleibt in seiner Grundstruktur bestehen. Dabei sind wichtige Forderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt: Die Möglichkeit für jeden, ab 60. Lebensjahr Altersruhegeld zu beziehen; Altersruhegeld in Höhe von in der Regel drei Vierteln des erreichten Arbeitseinkommens; Mindestrente für alle und die Verbesserung des Rentenanspruches der Frauen. A. Böpple

Der diesjährige Kongreß des britischen Gewerkschaftsbundes TUC widerspiegelte sehr deutlich die Kämpfe der Arbeiterschaft gegen wirtschaftliche Machtzusammenballung, den Anschluß Großbritanniens an den Gemeinsamen Markt und für die Verbesserung des sozialen Standards. Stärker noch als vor einem Jahr lehnten die Gewerkschaften jede Unterwerfung unter das gegen ihre Autonomie gerichtete Gesetz zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen ab.

Während im letzten Jahr der Beschluß, sich nicht der von der Regierung verlangten Registrierung zu unterwerfen, bei den rund 10 Millionen Stimmen der Gewerkschaften mit einer Mehrheit von nur 1 Million gefaßt wurde, stimmten die Delegierten jetzt im Verhältnis 9:1 für die Fortsetzung der gegen die Registrierung gerichteten Politik. Zwar bringt die Registrierung — eine Art staatliche Anerkennung — den betreffenden Gewerkschaften materielle Vorteile, greift aber tief in ihre Autonomie ein.

Der Jahreskongreß, der im September in Brighton stattfand, schloß 32 kleinere Gewerkschaften mit zusammen 500 000 Mitgliedern aus dem TUC aus, weil diese ihre vollzogene Registrierung nicht rückgängig gemacht hatten. Ihnen wurde eine Frist gesetzt, dies bis zum Jahresende nachzuholen.

Ein weiterer wichtiger Beschluß ist die Verurteilung der EWG als unsoziale Institution, die die Probleme der Werktätigen nicht lösen könne. Der Kongreß forderte den Austritt Großbritanniens aus der EWG und lehnte ausdrücklich die Empfehlung des TUC-Vorstandes ab, man solle fordern, die Mitgliedschaftsbedingungen zu verbessern.

Der Kongreß forderte außerdem die Durchführung der Europäischen Sicherheitskonferenz und die Anerkennung der DDR. Die Vorschrift, wonach es Kommunisten untersagt ist, Funktionen in den Gewerkschaftsräten zu bekleiden, wurde aufgehoben. Ein Trend nach links im TUC und ein Zurückdrängen der Rechten ist unverkennbar. Dies ist zweifellos auch die Folge davon, daß in den ersten acht Monaten dieses Jahres mehr gestreikt wurde, als in irgendeinem Jahr seit dem Generalstreik von 1926.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Beschluß zu sehen, der es dem TUC-Vorstand untersagt, mit der Regierung oder den Unternehmern Gespräche über „Maßhalten“ an der Lohnfront zu führen. Eine Zusammenarbeit könne nicht stattfinden, solange es keine Kontrolle der Profite, Mieten, Dividenden und Preise sowie Umverteilung der Einkommen und Vermögen gebe.

M. C.

Nach dem großen Streik: Ringen um Arbeitsplätze Durch Container weniger Arbeit in den Häfen

Kürzlich streikten in den britischen Häfen die „Docker“ — die Hafendarbeiter. Ihr mit besonderer Ausdauer und Härte geführter Kampf hat zwar zu Teilerfolgen, vor allem in der Abwehr des Anti-Gewerkschaftsgesetzes der Regierung Heath, geführt, aber die Sicherheit der Arbeitsplätze ist noch keineswegs gewährleistet. Der Kampf geht weiter.

Die Entscheidung für den Streik war auf einer nationalen Delegiertenkonferenz der Transportarbeitergewerkschaft gegen die Vorschläge des „Nationalen Dock-Komitees“ und des Generalsekretärs Jack Jones persönlich zustande gekommen. Das Streikziel, die Sicherheit der Arbeitsplätze, ist eine Frage, die im Mittelpunkt der Sorgen der Hafendarbeiter steht, obgleich seit 1967 offiziell niemand „willkürlich“ entlassen werden darf.

Die Gefährdung der Arbeitsplätze der Hafendarbeiter entstand in letzter Zeit durch die Anwendung des Container-Systems. In den Häfen erhöht sich die Zahl der Docker ohne dauernde Beschäftigung dadurch, daß die traditionellen Methoden, Schiffe zu be- und entladen, immer mehr eingeschränkt werden. Zunehmend werden Container außerhalb der Häfen, und damit nicht im Zuständigkeitsbereich der Docker, abgefertigt.

Darüber erobert und in einem nationalen Klima, das von einer Million Arbeitslosen geprägt wird, wurde die landesweite Aktion der Docker durch die Anwendung der Strafbestimmungen aus dem neuen Gesetz der Regierung zur Regulierung der Beziehungen in der Wirtschaft (Anti-Gewerkschaftsgesetz) hervorgerufen. Aufgrund dieses neuen Gesetzes wurden im Spätsommer fünf Docker ins Gefängnis geworfen. Sie hatten vor einem Container-Lager demonstriert — außerhalb des Hafengebiets, ihrem „eigenen“ Bereich. Ihre Freilassung wurde durch mächtige, über das ganze Land verbreitete Solidaritätsstreiks in den Häfen und anderen Industriezweigen und durch den Beschluß des Generalrates des Gewerkschaftskongresses über einen eintägigen Generalstreik erzwungen.

Obgleich der allgemeine Streik der Hafendarbeiter inzwischen beendet wurde, was mit nicht ganz sauberen Methoden der Gewerkschaftsführung und unter dem zum Teil handgreiflichen Protest Tausender Dockarbeiter geschah, kamen die Gewerkschafter und ihre Vertrauensleute untereinander überein, die außerhalb des Hafengebiets liegenden Container-Lager zu bestreiken, was bis zum heutigen Tag anhält.

Der wesentliche, beachtenswerte Gesichtspunkt in diesem Kampf ist also

die Tatsache, daß er weitergeht, daß der landesweite Dockerstreik nur ein Teil davon war, daß die Probleme, die zur Bestreikung der Container-Umschlagplätze und zum nationalen Streik führten, immer noch vorhanden sind, daß die Vertrauensleute den Streik über die ganze Zeit angeleitet haben.

Die Wahrheit ist, daß die Gewerkschaften keine ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen für ihre Mitglieder durchgesetzt haben, als der Container-Verkehr Mitte der 60er Jahre eingeführt wurde. Sie sicherten nicht ab, daß durch Container anfallende Arbeit in den Hafengebieten zu erfolgen hat und an Docker geht. Große „Container-Bahnhöfe“ wuchsen rapide außerhalb der Dockgebiete, dort wurden Arbeiter angestellt, die nicht von dem nationalen Arbeitssicherungsplan abgedeckt waren.

Die Docker waren schon immer eine kämpferische Sektion der britischen Arbeiterklasse, wenn es um Fragen des Lohnes und der Arbeitsbedingungen ging. Zu ihren Vertrauensleuten haben sie oft Kommunisten und Linksozialisten gewählt. Politisch blieben die Hafendarbeiter aber eine Sektion, die sehr stark beeinflusst ist von ihrer traditionellen insularen „Exklusivität“ und vom Stolz auf Individualismus.

Der gegenwärtige Kampf der Docker geht — wie gesagt — um den Arbeitsplatz —, und die Docker geben eine sehr harte Kampftruppe ab, die bereit ist, ihre Errungenschaften zu verteidigen, selbst gegen das Gericht und ein von der Regierung präsentiertes Gesetz. Der Kampf gegen Gesetze ist keine neue Erfahrung; aber es wird noch großer Überzeugungsarbeit durch Sozialisten und Kommunisten bedürfen, das Gefühl der Solidarität und der Selbstverteidigung der Hafendarbeiter in Kanäle der politischen Bewußtheit zu lenken.

Für die britische Arbeiterklasse besteht die Bedeutung des immer noch andauernden Kampfes der Docker in der Tatsache eines nationalen Streiks zur Sicherung der Arbeitsplätze (in der Tat ein rares Phänomen) und in dem erfolgreichen Widerstand — durch die Anwendung von Methoden des Arbeitskampfes — gegen Einkerkung wegen Verstößes gegen das Anti-Gewerkschaftsgesetz.

Mick Costello

- **28. und 29. Oktober**
Außerordentliche Bundeskonferenz der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier in Stuttgart.
- **30. November**
Lohn- und Gehaltstarifverträge für die Beschäftigten in der eisenschaffenden Industrie laufen ab.
- **31. Dezember**
Zu diesem Termin laufen ab und sind kündbar die Tarifverträge für die Beschäftigten in der metallverarbeitenden Industrie, im öffentlichen Dienst bei der Bundesbahn und Bundespost.

Verlagsintern

Auf der Frankfurter Buchmesse — der größten der Welt — war unter den vielen Verlagen aus dem In- und Ausland auch die NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit ihren Büchern und Schriften vertreten. Die Prospekte gingen weg wie die warmen Semmeln. Das Interesse an unserer Produktion war vorhanden — allerdings nicht bei Barzel und Scheel — die auch zu „shake hands“ mit den Großverlegern nach Frankfurt gekommen waren.

Leider konnten wir unser neues Buch „Gewerkschaften in der DDR“ nicht vorstellen, aber es ist Wahlkampf, und da ist die Druckerei ein bißchen in Verzug geraten. Wir hoffen jedoch, es Ihnen, lieber Leser, bald anbieten zu können. Die Korrekturfahnen sind nämlich da. Jetzt geht es an den Umbruch, den Druck und die endgültige Fertigstellung. Übrigens — in zwei Monaten ist Weihnachten — wäre das Buch nicht ein gutes Geschenk für einen interessierten Angehörigen oder Freund?

Inzwischen ist auch die 5. Auflage von „Marxismus leichtgemacht“, das besonders bei jungen Menschen wegen seines leichtverständlichen Inhalts großen Anklang findet und eine Einführung in die politische Ökonomie des Marxismus enthält — wieder lieferbar.

Wir haben es schon angekündigt, die 2. Auflage von „BVG '72“ — kommentiert für die Praxis“, von unserem Autor Gerd Siebert, unseren NACHRICHTEN-Lesern durch zahlreiche Veröffentlichungen bekannt, befindet sich „in der Mache“. Man kann es — da der neue Einband (Leinenstruktur) abwaschbar ist — im Arbeitskittel immer zur Hand haben, wenn es mit dem Unternehmer Ärger geben sollte.

In Kassel hat das Bundesarbeitsgericht der Entlassung eines Bankkaufmanns zugestimmt, der bei den Landtagswahlen in Bayern eine Wahlkampfezeitung der DKP auf dem Königsplatz in Augsburg verteilt hatte. Die Gewerkschaft HBV hat sich hinter ihr Mitglied gestellt und in allen Instanzen der Arbeitsgerichte das Verfassungsrecht des Gemeinregulierten verteidigt.

Die Begründung des obersten Arbeitsgerichtes ist eine Herausforderung aller Arbeiter und Angestellten und auch ihrer Gewerkschaften. Dort heißt es nämlich, daß die Entlassung eines Beschäftigten dann schon gerechtfertigt sei, wenn durch sein Auftreten der „Berufsstand der Arbeitgeber allgemein“ und der Arbeitgeber in der Öffentlichkeit herabgesetzt werden. Ein Zuwiderhandeln gegen die Interessen der Unternehmer beim Gebrauch der Meinungsfreiheit berühre das Arbeitsverhältnis.

Mit einer solchen Begründung kann jeder Gewerkschafter, der die „Arbeitgeber“ als das bezeichnet, was sie sind, nämlich Kapitalisten und Ausbeuter, aus seiner Arbeitsstelle gefeuert werden. Jeder, der eine Betriebszeitung verteilt und den Besitzer des Betriebes wegen vorhandener Mißstände angreift, ist bedroht. Damit wird vom Bundesarbeitsgericht eine Parallelmaßnahme aufgebaut zu dem Ministerpräsidentenbeschluß über Berufsverbote im öffentlichen Dienst für alle, die konsequent demokratisch denken und handeln, und das auch in der Öffentlichkeit bekunden.

Mit dem Kasseler Urteil darf sich kein Gewerkschafter abfinden, denn dieses Urteil bedeutet nicht nur einen Maulkorb für jeden, sondern ist eine gefährliche Bedrohung seiner materiellen Existenz.

Wie wir bereits berichtet haben, ist das Neue an der 2. Auflage neben dem besseren Einband das Stichwortverzeichnis, das vom Verlag für 80 Pfennig (in Brielmarken) angelordert werden kann. Die Leser, die es bei uns bereits bestellt haben und uns auch schon die Brielmarken sandten, brauchen nicht zu verzweifeln. Wir haben sie nicht vergessen.

Und noch ein interessanter Hinweis: Demnächst erscheint in unserem Verlag das Protokoll der 15. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands, die im Juli in Rostock stattgefunden hat.

Im nächsten Heft mehr über die Verlagsplanung für 1973. - jaco -

Der Kongreß der Gewerkschaft HBV in Dortmund hat sich am 5. Oktober mit einem scharfen Protest gegen diesen Angriff der Bayerischen Vereinsbank und des Bundesarbeitsgerichts auf die Rechte der Arbeiter und Angestellten gewandt und angekündigt, weitere Schritte gegen das Urteil zu unternehmen. Das alles ist auch eine Sache, mit der sich der Bundesvorstand des DGB befassen müßte. L.

Zu guter Letzt:

Auf dem IGBE-Gewerkschaftstag in Hannover erinnerte angesichts der Misere der Ruhrkohle AG der Delegierte Lepiarczyk an ein Zitat des ehemaligen IGBE-Vorsitzenden und heutigen Arbeitsministers Arendt: „So wahr mir Gott helfe, mit der Ruhrkohle in eine bessere Zukunft!“

Wegen der düsteren Aussichten bei der RAG meinte Lepiarczyk jetzt: „Aber man kann doch dem Herrgott nicht alles überlassen. Wir müssen diese Geschichte nach wie vor in die eigene Hand nehmen!“

Beilagen-Hinweis

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH bei. Ein Teil der Auflage enthält eine Bestellkarte des Verlags „Marxistische Blätter“, Frankfurt/Main.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlichen Beilagen „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März/Juni, September, Dezember — nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Petaschick, 8 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66;
Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Hamackerling 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 8 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 0372, Glauburgstraße 66, Telefon 59 97 81; Konto-Nr. 10-52029-3 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postcheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpr. 1,50 DM; Jahresabonnement 17,- DM einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 8,50 DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch; Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co. Neumünster

N

VG

NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.
Frankfurt am Main